



Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

# Auswirkungen des demografischen Wandels auf das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz

Evaluation und Analyse wissenschaftlicher Studien

Verfasser: Ulrich Cronenberg





<b>Management Summary</b>	<b>3</b>
<b>1 <u>Einführung:</u></b>	<b>5</b>
1.1 <i>Demografischer Wandel</i>	5
1.2 <i>Begriffsabgrenzung „Ehrenamt“</i>	9
1.3 <i>Studien / wissenschaftliche Arbeiten zum Themenkomplex</i>	12
<b>2 <u>Evaluation und Analysen wissenschaftlicher Studien zum demografischen Wandel</u></b>	<b>14</b>
2.1 <i>Allgemeine Studien (zur demografischen Entwicklung mit Relevanz für Bevölkerungsschutz / Ehrenamt)</i>	14
2.1.1 <i>Berichte / Strategien der Bundesregierung</i>	14
2.1.1.1 <i>Bericht der Enquete Kommission</i>	15
2.1.1.2 <i>Nationale Engagementstrategie</i>	19
2.1.1.3 <i>Demografiebericht der Bundesregierung</i>	22
2.1.1.4 <i>Demografiestrategie</i>	25
2.1.2 <i>Allgemeine Untersuchungen zur Demografie</i>	27
2.1.2.1 <i>BMFSFJ Freiwilligen-Survey 2009</i>	27
2.1.2.2 <i>Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten</i>	30
2.1.1.3 <i>Personalpolitische Antworten auf Megatrends in unserer Gesellschaft</i>	33
2.1.1.4 <i>Die demografische Lage der Nation, Berlin Institut</i>	36
2.2 <i>Exkurs Europa – Ehrenamt / bürgerschaftliches Engagement im Vergleich</i>	37
2.3 <i>Studien / wissenschaftliche Untersuchungen mit direktem Bezug zum Ehrenamt und Bevölkerungsschutz</i>	39
2.3.1 <i>Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum auf das ehrenamtliche Engagement am Beispiel der FF (April2006)</i>	39
2.3.2 <i>Masterplan Daseinsvorsorge, BMVBS 35/10</i>	47
2.3.3 <i>Integration von Migrantinnen / Migranten durch bürgerliches Engagement im ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenschutz</i>	52
2.3.4 <i>Ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz</i>	54
2.3.5 <i>DRK / EMNID Studie (2011)</i>	58



2.3.6	Sicherstellung des Brandschutzes unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels	60
<b>3</b>	<b><u>Schlussfolgerungen und Empfehlungen:</u></b>	64
3.1	Betrachtung von Verallgemeinerungen und Handlungsempfehlungen in den Studien	66
3.1.1	Weiterer Forschungs- / Studienbedarf	67

#### **4. Literaturverzeichnis:**

#### **5. Anlagen**



## MANAGEMENT SUMMARY

In Deutschland ist das Ehrenamt die Grundlage des Bevölkerungsschutzes. Die Veränderungen, die der demografische Wandel mit sich bringt, werden auch das Ehrenamt und die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements beeinflussen.

In Zukunft wird es notwendig werden, verstärkt Bevölkerungsschichten anzusprechen, die bisher noch nicht oder nur unterdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert sind.

Neben der Motivation potenzieller Ehrenamtlicher, derjenigen, die sich vorstellen können ehrenamtlich tätig zu sein, es aber bisher noch nicht sind, wird man auch gezielt bestimmte Personengruppen ansprechen müssen, die bisher als Klientel unterrepräsentiert sind: Frauen, Migranten und Senioren.

Einerseits wird es notwendig sein, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um ein ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen. Hier sind die politischen Entscheidungsträger, aber auch die Träger, Organisationen und Institutionen gefordert. Es geht dabei nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt, sondern andererseits auch um die Berücksichtigung des Wertewandels und neuer Lebensmodelle. Ehrenamt muss wieder etwas „wert“ und mit den modernen Anforderungen der Berufswelt, die unter anderem eine wesentlich höhere Flexibilität und Mobilität vom Arbeitnehmer fordert, kompatibel sein.

Statistische Betrachtungen des demografischen Wandels und politische Absichtserklärungen bis hin zur nationalen Engagementstrategie und der Demografiestrategie gibt es schon jetzt, allerdings wird es notwendig sein, die Lösungsansätze konkreter zu formulieren und Zielsetzungen zu operationalisieren. Für eine erfolgreiche Umsetzung wird es unabdingbar sein, die Akteure frühzeitig und ausreichend in die Diskussion einzubeziehen. Ob Arbeitsgruppen oder ein Demografiegipfel zielführende und ausreichende Maßnahmen sind, wird sich in der Zukunft zeigen.

Bei der Betrachtung einzelner Studien und der statistischen Auswertungen, der Beschreibung der Bevölkerungsentwicklung ist deutlich geworden, dass es zwar eines globalen Ansatzes bedarf, dass aber ein von oben entwickelter und „übergestülpter“ Lösungsansatz nicht zum gewünschten Ergebnis führen wird. Differenzierte Ansätze sind notwendig, um einerseits den recht unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Regionen – ländlichen Gebieten ebenso wie urbanen Strukturen – Rechnung

zu tragen, und andererseits auch die unterschiedlichen Zielgruppen da abzuholen, wo sie stehen.

Die Vielzahl der möglichen Freizeitbeschäftigungen, die immer weiter wachsen, wird zu einem verstärkten Wettbewerb um das ehrenamtliche Engagement führen. Hier gilt es, Motivation durch die richtigen Anreize zu schaffen.

Forschungsbedarf ergibt sich daraus, dass Lösungsansätze für Regionen und für Zielgruppen maßgeschneidert werden müssen. Hierzu sind detaillierte Betrachtungen der Umstände und Beweggründe für bürgerschaftliches Engagement auch und speziell im Bevölkerungsschutz, sowie der Entwicklung neuer Rahmenbedingungen notwendig.

Darüber hinaus wird es vor dem Hintergrund der Globalisierung und Internationalisierung notwendig sein, eine größere Sensibilität auch in diesem Sinne zu entwickeln. Vergleiche mit anderen Ländern, des Ehrenamtes in der europäischen Perspektive, könnten hilfreich sein, um aus diesen Erfahrungen auch für das Ehrenamt in der Bundesrepublik Deutschland Lehren zu ziehen und damit das Gemeinwohl zu stärken.

Der demografische Wandel sollte als Chance für eine Neuausrichtung verstanden werden, bei der neue Personengruppen angesprochen werden können. Gleichzeitig bietet sich die Möglichkeit, ehrenamtliche Tätigkeit neu auszugestalten und eine Plattform für zusätzliches bürgerschaftliches Engagement zu schaffen.



## 1. EINFÜHRUNG

Die wesentliche Herausforderung für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz in den kommenden Jahren wird der demografische Wandel sein, der spürbar schon in den 70er Jahren mit der Abnahme der Geburtenraten begonnen hat und sich in den nächsten Dekaden verstärken wird. Die mit dem Demografiewandel zusammenhängenden Herausforderungen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz wurden bislang in mehreren Studien mit unterschiedlichen Schwerpunkten aufgegriffen. Es gilt nunmehr, vor der Entwicklung weiterer auch praktisch zu implementierender Handlungsschritte, eine Gesamtschau der bisher publizierten Arbeiten vorzunehmen, um eine Grundlage für das weitere Vorgehen zu schaffen.

Im Rahmen der vorliegenden Studie soll insbesondere eine Evaluation und Analyse wissenschaftlicher Arbeiten mit den folgenden Schwerpunkten erfolgen:

- Recherche, Rekapitulation und Einbindung der vorhandenen wissenschaftlichen Arbeiten im Bereich der Thematik „Ehrenamt und demografischer Wandel“
- Feststellung von Ursachen für und Wirkung des demografischen Wandels
- Formulierung von realistischen, umsetzbaren Handlungsempfehlungen für die Bereiche Bund, Länder, Hilfsorganisationen

„Demografischer Wandel“ und „Ehrenamt“ sind Begriffe, die sich im alltäglichen Gebrauch der Sprache finden lassen, die aber durchaus unterschiedlich konnotiert oder synonym mit anderen gebraucht werden. Daher erscheint es angemessen, mit einer Begriffsbestimmung und -abgrenzung zu beginnen.

### 1.1 Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist mittlerweile ein Thema, das nicht nur in Deutschland intensiv diskutiert und von vielen Seiten betrachtet wird.

Unter Demografie versteht man nach Thurich<sup>1</sup>

„Wissenschaft von der Bevölkerung. Sie beschreibt den gegenwärtigen Zustand der Bevölkerung (Größe, Altersaufbau, Geburtenhäufigkeit, Zuwanderung usw.) und leitet daraus Schlüsse für die Zukunft ab.“

---

<sup>1</sup> Thurich, Eckhart: pocket politik. Demokratie in Deutschland, Neuausgabe 2006  
zitiert nach: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demographie-demographisch>

Der demografische Wandel ist demzufolge die Veränderung des Zustandes der Bevölkerung. Er reduziert sich nicht, wie fälschlicherweise oft angenommen, nur auf die Alterung der Gesellschaft. Demografischer Wandel ist eben mehr als der Rückgang der Geburtenrate und das Absinken der Sterberate. Er bedeutet auch eine Veränderung im quantitativen Verhältnis Männer zu Frauen und bei den Anteilen von Inländern, Ausländern und Eingebürgerten. Damit ergibt sich dann auch, dass die Einwanderungs- und Auswanderungsraten von nicht unerheblicher Bedeutung für Politik und Wirtschaft und im Sinne des Titels dieser Studie auch für die Sicherstellung eines nachhaltigen und zukunftssicheren Gefahrenabwehrpotenzials sind.

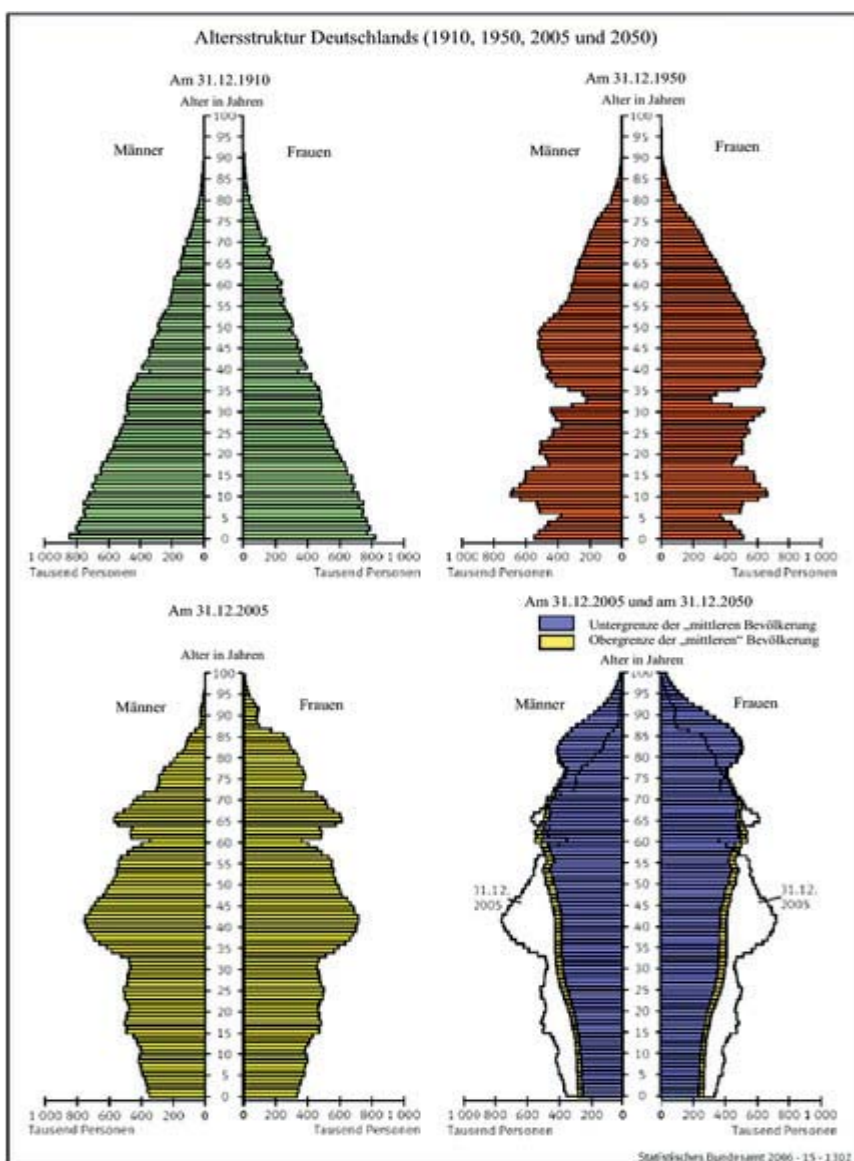


Abbildung 1: Altersstruktur Deutschlands (1910, 1950, 2005 und 2050), Quelle: Statistisches Bundesamt 2006

Letztendlich handelt es sich beim demografischen Wandel um ein Phänomen, das in der Wissenschaft schon seit längerer Zeit – seit rund 40 Jahren ist abzusehen, welcher Entwicklung wir in Deutschland entgegengehen – Gegenstand von Untersuchungen und Studien war und ist. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland und Europa, sondern gilt weltweit. Neu ist, dass die Diskussion nicht mehr nur von den Bevölkerungswissenschaftlern und anderen wissenschaftlichen Disziplinen geführt wird, sondern auch die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger erreicht hat – im Bericht der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages<sup>2</sup> zum bürgerschaftlichen Engagement, auf den später noch eingegangen wird, tauchte der demografische Wandel (noch) nicht explizit auf. Gleiches gilt, richtet man den Blick auf die Hilfsorganisationen oder die Feuerwehren, die auch erst in den letzten Jahren angefangen haben, sich intensiver mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auseinanderzusetzen.

Wie im Heft 1 „Demografischer Wandel in Deutschland“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder<sup>3</sup> angemerkt, ist der demografische Wandel in Deutschland schon gegenwärtig:

„Seit fast vier Jahrzehnten reicht die Zahl der geborenen Kinder nicht aus, um die Elterngeneration zu ersetzen. Es sterben mehr Menschen, als Kinder geboren werden. [...U.C.] Auf die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er folgen weit geringer besetzte jüngere Jahrgänge. Mit dem fortschreitenden Alter der „Baby-Boomer“ wird deshalb auch die Bevölkerung Deutschlands stärker als bisher „altern“.<sup>4</sup>

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass erst in neuerer Zeit das Thema auf der Agenda einen höheren Stellenwert bekommen hat. Unzweifelhaft hat die Entwicklung in vielerlei Hinsicht aber schon lange Anlass zum Diskurs gegeben, wie auch das obige Zitat zeigt. Neue Überlegungen und Lösungsansätze für eine Vielzahl von Herausforderungen, die mit einer immer älter werdenden Bevölkerung verbunden sind, sind gefragt. Obwohl man Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte analysiert hat, wurde wie schon oben angedeutet, im Bericht der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages von 2002 zum Ehrenamt nur mittelbar auf den demografi-

---

<sup>2</sup> Drucksache 14/8900, Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, 2002

<sup>3</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1 Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, Ausgabe 2011,

schen Wandel Bezug genommen. Gleichwohl enthält dieser Bericht – wie noch zu zeigen sein wird – auch wertvolle Analysen und Schlussfolgerungen, die für die Themenstellung dieser Studie von Relevanz sind.

Veröffentlichungen zum Thema demografischer Wandel gibt es in Vielzahl. Die Erscheinung einer sich in ihrer Zusammensetzung wandelnden Gesellschaft ist schon lange Betrachtungsgegenstand der einschlägigen Wissenschaft. Beim Modell des demografischen Übergangs handelt es sich allerdings nicht um eine wissenschaftliche Theorie (im strengeren Sinne), sondern um eine modellhafte Beschreibung des Übergangs von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten<sup>5</sup>.

Hingewiesen sei an dieser Stelle auch darauf, dass es sich bei den Zahlen, die zum demografischen Wandel publiziert werden, nur um Modellrechnungen, nicht aber um Prognosen handelt. Dies bedeutet, dass man erstens die Grundannahmen für die Modellrechnungen mit in die Diskussion einbeziehen muss und zweitens, dass es daher eben keine genaue Aussage darüber geben kann, wie groß die Bevölkerung in Deutschland in 50 Jahren sein wird oder welche Struktur sie haben wird. Zur Verdeutlichung dessen sei auf die Schwankung in den Angaben zur Bevölkerungszahl 2060 hingewiesen. Je nach Modellrechnung schwanken diese zwischen 61,8 und 76,9 Millionen.<sup>6</sup>

Grundsätzlich ist in den Staaten der westlichen Welt der demografische Übergang unterschiedlich schnell abgelaufen. Normalerweise ist sein Beginn mit dem Beginn der Industrialisierung verbunden.

Unter demografischem Wandel ist aber, wie schon weiter oben angemerkt, mehr zu verstehen als nur die Veränderungen in den Geburten- und Sterberaten.

Bedeutsam für eine Betrachtung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz ist eben das Verhältnis der Anzahl der Männer und Frauen, ebenso wie die Migrationsbewegungen, die besondere Herausforderungen an die (Zivil-) Gesellschaft stellen. Beispielhaft

---

<sup>4</sup> Ebd. S. 6

<sup>5</sup> Vgl. hierzu Münz, Rainer; Ulrich, Ralf E.; in Online Handbuch Demografie, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Demografischer Übergang, Oktober 2007.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu Bosbach, Gerd und Bingler, Klaus „Die Demografie als Sündebock: Wie Rechnungen ohne den Wirt gemacht werden.“ 23.03.2011, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/38216/standpunkt-gerd-bosbach-klaus-bingler>

könnte man untersuchen, inwieweit und in welchem Maße die Beteiligung am bürgerchaftlichen Engagement und die Integration von türkischen, kurdischen und arabischen sowie russlanddeutschen Mitbürgern insbesondere in Ballungsgebieten, im Vergleich zu Arbeitsmigranten aus West- und Südeuropa (Spanien, Italien, Ex-Jugoslawien) oder der japanischen Community gelungen sind. Berücksichtigt man dies, so ergeben sich fast schon zwangsläufig besondere Forschungsschwerpunkte für die Zukunft, die Zukunft des Ehrenamtes: Senioren, Migranten und Frauen.

## 1.2 Begriffsabgrenzung „Ehrenamt“

In der Literatur findet man die Betrachtung des „Ehrenamtes“ aus den unterschiedlichsten Perspektiven, verbunden mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen. Dabei tauchen die unterschiedlichsten Begriffe auf, die sich auf das gleiche Phänomen beziehen, aber nicht immer deckungsgleich sind. Die gebräuchlichen Termini reichen vom „Ehrenamt“ über „Freiwilligenarbeit“ bis hin zum „bürgerschaftlichen (politischen) Engagement“.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Definition des Ehrenamtes, wie sie im Gabler Wirtschaftslexikon zu finden ist.

„Ehrenamt, unbesoldetes, meist nur gegen Aufwandsentschädigung ausgeübtes öffentliches Amt, verbunden mit beamtenähnlichen Rechten und Pflichten, z.B. Amt des Schöffen, Handelsrichters, Gemeinderates etc. Desgleichen im gesellschaftlichen Bereich, z.B. Funktionsübernahme durch nicht hauptamtlich beschäftigte Mitglieder in den Kontroll-, Beratungs- und Entscheidungsorganen von Genossenschaften, Verbänden, Vereinen, wobei darin keine öffentliche Amtsfunktion liegt.“<sup>7</sup>

Vergleicht man hierzu dann noch die Definition des *ehrenamtlichen Mitarbeiters*

„Mitarbeiter einer Organisation, der nicht gegen Entgelt, sondern meist aus altruistischen Motiven heraus arbeitet. Ehrenamtliche Mitarbeiter (engl. board members) übernehmen strategische Führungsaufgaben als in ein Amt gewählte Funktionsträger (z.B. Stiftungsräte, Vorstandsmitglieder in Vereinen).“<sup>8</sup>

so wird deutlich, dass offensichtlich für die Autoren des renommierten Gabler Lexikons Ehrenamt nur im öffentlichen Bereich und in Vorständen / Aufsichtsräten vorkommt. Eine bemerkenswerte Feststellung, denn damit werden die mehr als 1,5 Millionen eh-

---

<sup>7</sup> Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Ehrenamt, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/7164/ehrenamt-v7.html>; Aufgerufen 23.05.12

renamtlichen Mitarbeiter, die zum Beispiel im Zivil- und Katastrophenschutz arbeiten, fast vollständig ausgeblendet, bemerkenswert auch aus einem zweiten Grund, der gerade dem Gabler Verlag sehr nahe sein sollte. Die Reduzierung des Ehrenamtes in der oben beschriebenen Art und Weise vernachlässigt auch die volkswirtschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes im Dritten Sektor. Diskussionswürdig ist auch die Frage, inwieweit ehrenamtliche Mitarbeiter überwiegend aus *altruistischen* Motiven heraus tätig werden.

Neben dem Begriff *Ehrenamt* findet man auch die Begriffe *Freiwilligenarbeit* und *bürgerschaftliches Engagement*.

Der Gabler Verlag definiert *Freiwillige* als

„[...] U.C.] freiwillige Helfer; (engl. volunteers) Mitarbeiter einer Organisation, die sich unentgeltlich engagieren – Non-Profit-Organisation (NPO). Dabei erfüllen sie Aufgaben ohne Entscheidungs- und Führungsbefugnisse.“<sup>9</sup>

Diese Definition mag für einige Bereiche der Freiwilligenarbeit zutreffen, sie spiegelt aber sicher nicht die Realität im deutschen Zivil- und Katastrophenschutz wider. Letztlich zeigt sie aber, wie verzerrt bestimmte Aufgabenbereiche wahrgenommen werden.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), das im Jahre 2002 im Nachgang zum internationalen Freiwilligenjahr (2001) gegründet wurde, schreibt auf seiner Webseite:

„Das BBE zielt auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in allen seinen Formen und allen gesellschaftlichen Bereichen wie Soziales, Gesundheit, Sport, Kultur, Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Hilfs- und Rettungsdienste, Selbsthilfe, gesellschaftspolitische Beteiligung, Stiftungsaktivitäten und unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement. Dabei orientiert sich das BBE am Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, die durch ein hohes Maß an Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens geprägt ist.“<sup>10</sup>

Hieraus wird offensichtlich, dass die Begrifflichkeiten unterschiedlich besetzt sind und damit unterschiedlich, aber häufig eben auch synonym, benutzt werden. Der Begriff

---

<sup>8</sup> Ebd. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/6892/ehrenamtlicher-mitarbeiter-v6.html>; Aufgerufen 23.05.12

<sup>9</sup> Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Freiwillige, online im Internet <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/7045/freiwillige-v7.html>; Aufgerufen: 23.05.12.



häufiger projektbezogen und kurzfristig – und sehr oft auch mit einem stark ausgeprägten lokalen Bezug.

Hilfreich erscheint an dieser Stelle ein Blick auf den Abschlussbericht der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages<sup>13</sup>, in dem es heißt:

„Die Ergebnisse der empirischen Studien zeigen die Vielzahl des bürgerschaftlichen Engagements, die sich auch in einer Vielzahl von Begriffen niederschlägt, mit denen das Phänomen beschrieben wird. Es wird vom ehrenamtlichen, zivilgesellschaftlichen, gemeinwohlorientierten, freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagement gesprochen. Hinzu kommen die Begriffe der Selbsthilfe und der Bürger- und Freiwilligenarbeit.“<sup>14</sup>

Auch hier wird die demografische Veränderung in der Bevölkerung spürbar. Veränderte Lebensmodelle und berufliche Verpflichtungen spielen hier offensichtlich eine Rolle, die allerdings noch einer weitreichenden Betrachtung bedürfen.

### **1.3 Studien / wissenschaftliche Arbeiten zum Themenkomplex**

Das folgende Kapitel der Analyse ist so strukturiert, dass – ausgehend von grundsätzlichen Fragestellungen, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind – die Argumentation zum Spezifischen des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz fortgeführt wird. Dabei sollen Grundlagendokumente wie der *Bericht der Enquete Kommission der Bundesregierung* aus dem Jahre 2002 ebenso betrachtet werden, wie der *Demografiebericht* und die *Demografiestrategie der Bundesregierung*. Daneben spielen auch allgemeine Untersuchungen zum Themenkomplex Demografie eine Rolle, die sich auf einer übergeordneten Ebene mit der Problematik beschäftigen.

Nach einem kurzen Exkurs in den europäischen Raum soll dann der Blick auf Studien und wissenschaftliche Untersuchungen gerichtet werden, die einen direkten Bezug zum Ehrenamt im Bevölkerungsschutz aufweisen.

---

<sup>13</sup> Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Drucksache 14/8900, 2002,

<sup>14</sup> Ebd. S. 32 f



Die Studie erhebt an keiner Stelle den Anspruch einer abschließenden, allumfänglichen Erfassung von wissenschaftlichen Arbeiten. Vielmehr wurden relevante Studien exemplarisch betrachtet und aus diesen allgemeingültige Schlussfolgerungen und Empfehlungen abgeleitet. Für die vertiefende oder mehr auf einzelne Details gerichtete Betrachtung wird auf die im Anhang zu findende Liste der Quellen und Weblinks verwiesen.

Die abschließend formulierten Schlussfolgerungen sind möglicherweise nicht alle oder nicht vollumfänglich für die Gesamtzahl der Akteure relevant. Allerdings gewinnen sie Bedeutung dadurch, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz nur durch ein Zusammenwirken aller im Bevölkerungsschutz Verantwortlichen zu meistern sein werden. Einklang wiederum kann nur hergestellt werden, wenn ein großes Bild, das gesamte Szenario unabhängig von Zuständigkeiten betrachtet wird.

Die Bevölkerungsentwicklung kann man grundsätzlich nicht mehr umkehren. Älterwerden oder zunehmende Migrationsbewegungen sind aber nicht per se eine problematische Entwicklung. Und damit ist eben auch der demografische Wandel alles andere als nur ein Problem. In der Entwicklung, die man auch als Herausforderung sehen kann, stecken vielfältige Möglichkeiten die Gesellschaft zu verbessern, angefangen von der größeren Integration von Migranten, über die stärkere Einbindung auch von Frauen, bis hin zur sinnvollen Freiwilligenarbeit von Senioren, die in Zukunft nicht nur in der Lage, sondern auch willens sind, sich mehr und stärker ehrenamtlich zu engagieren als in der Vergangenheit.

Möglicherweise wird man in Zukunft auch über eine stärkere Vereinbarkeit nicht nur von Beruf und Familie nachdenken, sondern diesen Zweiklang zu einem Akkord erweitern und Optionen für eine sinnvolle Verknüpfung von Familie, Beruf und Ehrenamt finden müssen. Auch dies sollte man nicht nur auf den Aspekt der stärkeren Öffnung des Ehrenamtes für Frauen beschränken.

## **2. Evaluation und Analysen wissenschaftlicher Studien zum demografischen Wandel**

Ausgangspunkt der Betrachtungen sind grundlegende Arbeiten zum demografischen Wandel. Es schließt sich ein Exkurs zum bürgerschaftlichen Engagement im europäischen Vergleich an. Abgeschlossen wird das Kapitel durch die exemplarische Betrachtung einzelner Studien mit Bezug zum Bevölkerungsschutz.

### **2.1. Allgemeine Studien (zur demografischen Entwicklung mit Relevanz für Bevölkerungsschutz / Ehrenamt)**

Dieses Kapitel gliedert sich in zwei Abschnitte:

- die Berichte und Strategien der Bundesregierung
- allgemeine Untersuchungen zu Demografiefragen

Dem Bericht der Enquete Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* kommt ebenso wie dem *Demografiebericht der Bundesregierung*<sup>15</sup> eine besondere Bedeutung zu. Die *Demografiestrategie*, die Ende April 2012 veröffentlicht wurde, beschreibt wesentliche Meilensteine für die Zukunft, die als Schlussfolgerung aus dem Demografiebericht abgeleitet worden sind. Alle drei Dokumente unterscheiden sich von den übrigen im zweiten Teil des Kapitels behandelten Untersuchungen und Studien. Bei ersteren liegt ein Schwerpunkt auf der politischen Dimension, dem politischen Diskurs auch über Fraktionen hinweg, bei zweiteren dominiert die wissenschaftliche Analyse, die allenfalls Forderungen an die Politik stellt. Konkret wird dies am Beispiel der Demografiestrategie deutlich, zu der der BMI schon im Oktober 2011 ankündigte, sie werde „konkrete Gestaltungsvorschläge für den Bund enthalten, um mittel- und langfristig die Chancen eines längeren Lebens zu nutzen und damit einhergehende Risiken abzuwenden.“<sup>16</sup>

#### **2.1.1 Berichte / Strategien der Bundesregierung**

Bereits im Jahre 1999 hat sich der Deutsche Bundestag mit dem Bürgerschaftlichen Engagement beschäftigt und eine Enquete Kommission eingesetzt, die sich – wie der Untertitel des Abschlussberichtes bekräftigt – mit der *Zukunft des Bürgerschaftlichen*

---

<sup>15</sup> Demografiebericht, Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Oktober 2011

<sup>16</sup> BMI Pressemitteilungen – Bundesinnenminister Dr. Friedrich legt Demografiebericht vor, Oktober 2011

*Engagements und der Zukunftsfähigkeit der Bevölkerung* beschäftigt hat. Dem steht der im Jahr 2011 veröffentlichte Demografiebericht gegenüber, der im Bundestag eingehend diskutiert wurde und zu einer Demografiestrategie führte. Interessant ist, dass im Bericht der Enquete Kommission zwar nicht explizit auf den demografischen Wandel eingegangen wird, allerdings viele Aussagen gemacht werden, die durchaus eine besondere (demografische) Dimension erhalten oder enthalten, die noch deutlicher wird, wenn man sie in Relation mit den beiden anderen Dokumenten setzt – wie später noch vertiefend dargestellt werden soll. Aus diesem Grund wurde der Bericht der Enquete Kommission in die Betrachtung mit aufgenommen.

### **2.1.1.1 Bericht der Enquete Kommission**

Mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 1999<sup>17</sup> wurde eine Enquete Kommission „Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ ins Leben gerufen mit dem Ziel

„[...]U.C.] konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten.“<sup>18</sup>

Im Jahre 2002 wurden die Ergebnisse in Form des Berichtes der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ mit dem Untertitel „Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ vorgelegt.<sup>19</sup>

Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ ist sicherlich nicht rein zufällig als Titel des Abschlussberichtes und zur Namensgebung der Kommission gewählt worden. Er beschreibt die zwei Bedeutungsebenen von Zivilgesellschaft:

Einerseits werden durch gemeinsames Engagement Dinge aufgegriffen, die weder vom Staat, noch von der Familie, noch vom Markt allein ausreichend aufgenommen werden.

Andererseits wird mit dieser Begrifflichkeit auch das politische Element, die politische Einflussnahme deutlich, die auch Aufgabe der Zivilgesellschaft ist.

---

<sup>17</sup> Vgl. Einsetzungsbeschluss Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 14/2351

<sup>18</sup> Einsetzungsbeschluss Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 14/2351; hier zitiert aus Drucksache 17/3712 vom 10.11.2010 Große Anfrage „Engagementpolitik im Dialog mit der Bürgergesellschaft“, aufgerufen am: 23.05.12

<sup>19</sup> Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Drucksache 14/8900

In der Aufgabenbeschreibung des Unterausschusses *Bürgerschaftliches Engagement*<sup>20</sup>, in dem alle Fraktionen des Deutschen Bundestages vertreten sind, heißt es u.a.:

„[... , U.C.] weiter zur Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ beizutragen. [...U.C.] an der Entwicklung einer ressortübergreifenden engagementpolitischen Strategie des Bundes mitzuwirken und hierbei die Belange der **Integration sowie des demografischen Wandels** [Hervorhebung und kursiv, U.C.] besonders zu berücksichtigen, [... , U.C.]“<sup>21</sup>

Zum Strukturwandel der Motive für ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement wird im Vorwort des Berichtes ausgeführt:

„Während Menschen sich früher typischerweise langfristig einer bestimmten Organisation verpflichteten und „ihrem“ Verein ein Leben lang verbunden blieben, engagieren sich heute immer mehr Menschen eher spontan und projektförmig. Engagement muss zur jeweiligen Lebenssituation passen. Noch bedeutsamer aber ist die Beobachtung, dass bürgerschaftlich Engagierte mit ihren Aktivitäten heute in stärkerem Maße Bedürfnisse nach Eigenverantwortung und Selbstbestimmung verbinden als früher; daraus resultieren neuartige Anforderungen an Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.“<sup>22</sup>

Ruft man sich in Erinnerung, wann dieser Bericht verfasst wurde, nämlich 2002, so erscheint dies einerseits bemerkenswert im Sinne der Ausrichtung auf eine „zukunftsfähige Bürgergesellschaft“. Andererseits ist es ernüchternd, wenn man betrachtet, was in der letzten Dekade seit dem Erscheinen des Berichtes von Seiten der politischen Entscheidungsträger oder den Akteuren, wie zum Beispiel den Organisationen und karitativen Verbänden, tatsächlich aufgegriffen und im Sinne einer tragfähigen Zukunftsausrichtung realisiert worden ist.

Das schon weiter oben beschriebene „neue Ehrenamt“ (vergleiche hierzu das Zitat aus dem Vorwort des Berichtes der Enquete Kommission) ist also offensichtlich – zumindest was die Erkenntnis der Bedürfnisse und Notwendigkeiten angeht – gar nicht mehr

---

<sup>20</sup> Erst am 27.01.2010, 8 Jahre nach der Vorlage des Endberichtes der Enquete Kommission zum Thema, setzte der Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages diesen Ausschuss ein, wenn auch einstimmig und unter Beteiligung aller Fraktionen.

<sup>21</sup> Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 5. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 17. Wahlperiode, am 27. Januar 2010

<sup>22</sup> Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Drucksache 14/8900, S.2

so „neu“. Eine Anpassung der Zukunftsstrategien der Organisationen und Verbände scheint noch nicht erfolgt zu sein. Hierauf wird im Einzelnen noch einzugehen sein.

Mit Blick auf das oben zum „neuen Ehrenamt“ Gesagte, fokussiert auf den Bevölkerungsschutz, muss auch auf die Erwähnung des Selbstschutzes und der Selbsthilfefähigkeit hingewiesen werden, die bei den Ausgangspunkten und der dort erfolgten Beschreibung der Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements ausdrücklich auftaucht.<sup>23</sup>

So heißt es im Bericht:

„Zum bürgerschaftlichen Engagement gehört auch die *Selbsthilfe*, die im weiteren Sinne das selbstorganisierte Tätigwerden mit anderen bezeichnet, im engeren Sinne die gegenseitige Hilfe von Personen, die sich auf Grund eines bestimmten Problems zusammengefunden haben. Solche Formen der wechselseitigen Unterstützung stellen eine moderne Ergänzung für traditionelle (z.B. familiäre) Unterstützungsformen dar.“<sup>24</sup>

Im Teil B 1 (*Bürgerschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft*) des Berichts werden in der Darstellung des Engagements ausgewählter Gruppen „Frauen und Männer, [...], U.C.]Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten“ besonders hervorgehoben.<sup>25</sup>

Ältere Mitbürger, ebenso wie Migranten, aber eben auch die Frage, wie Frauen stärker in die ehrenamtliche Arbeit eingebunden werden können, haben eine besondere Bedeutung gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Will man die genannten Personengruppen verstärkt einbeziehen, muss man die ehrenamtliche Arbeit auch anders als bisher gestalten, man muss anders für das Ehrenamt motivieren und die Rahmenbedingungen anpassen.

Die Gesellschaft braucht Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren: Wenn geburtenchwächere Jahrgänge nachrücken, muss man die Bevölkerungsgruppen stärker motivieren, die sich bisher – wenn überhaupt – nur unter bestimmten Umständen eine Arbeit im Ehrenamt vorstellen konnten oder eben dies aufgrund von Beruf oder Familie

---

<sup>23</sup> Vgl. Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Bundestagsdrucksache 14/8900, Juni 2002, S. 32.

<sup>24</sup> Ebd. S.32

<sup>25</sup> Ebd. u.a. S. 5

nicht in die Praxis umsetzen konnten. Es lohnt eine Betrachtung der Hintergründe, so wie sie im Teil B des Berichtes der Enquete Kommission<sup>26</sup> „Bürgerschaftliches Engagement: Bestandsaufnahme, Analyse, Entwicklungsperspektiven und Handlungsempfehlungen.“ erfolgt ist, um Ansatzpunkte für eine bessere Motivation zu finden.

Im Abschnitt B 1 geht es

„[...] U.C.] um die Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements in ausgewählten Handlungsfeldern “[...]U.C.] Weitere Themen sind das bürgerschaftliche Engagement in Ostdeutschland, die Bedeutung von Infrastruktureinrichtungen für die Engagementförderung (Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen), die Rolle der Medien, die Entwicklung einer umfassenden Anerkennungskultur sowie die Bedeutung des Lernens für ein Engagement und die Anforderungen an Qualifizierung und Weiterbildung.“<sup>27</sup>

Anerkennung und Lernen für ein Engagement sind Punkte, die auch in den Untersuchungen der Freiwilligensurveys widergespiegelt werden und eine besondere Rolle haben. Offensichtlich kommt Ihnen eine größere Bedeutung zu, als der monetären Entschädigung im Ehrenamt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt von Relevanz wird im zweiten Abschnitt herausgestellt:

„Im Abschnitt B 2 wird das Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit“ untersucht. Ausgehend von einem Wandel der Arbeitsgesellschaft und einer Analyse der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements auf die Entstehung von sozialem Kapital misst die Kommission der Verbesserung der Vereinbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement, Erwerbsarbeit und Familie eine zentrale Bedeutung zu.“<sup>28</sup>

Der hier betonte Dreiklang aus Engagement, Erwerbsarbeit und Familie, der wesentlichen Einfluss auf ein freiwilliges Engagement hat, wurde schon weiter oben erwähnt.

Die in der knappen Zusammenfassung des Berichts dargestellten Schwerpunkte, die 2002 von der Enquete Kommission als wesentliche Meilensteine für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements herausgestellt worden sind, haben bis heute nicht an Bedeutung eingebüsst. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der Veränderungen, die der demografische Wandel hervorgerufen hat und noch hervorrufen wird, ist ihre Signifikanz gestiegen.

---

<sup>26</sup> Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Drucksache 14/8900, Juni 2002

<sup>27</sup> Ebd. S. 5

<sup>28</sup> Ebd. S.5

### 2.1.1.2 Nationale Engagementstrategie

Schon im Oktober 2010 hat die Bundesregierung die Nationale Engagementstrategie beschlossen, die auch im Demografiebericht, auf den später noch eingegangen wird, Erwähnung findet. Auf der Webseite des BMFSFJ heißt es zur Zielsetzung:

„Die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung verfolgt vier strategische Ziele:

- Eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen.
- Die Einbindung von Stiftungen und des bürgerschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen.
- Eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten.
- Bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement.“<sup>29</sup>

Anerkennung des Ehrenamtes und bessere Rahmenbedingungen sind auch für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz von Bedeutung.

Deutlich wird in der Engagementstrategie, die für die Bundesregierung die Grundlage einer abgestimmten Engagementförderung aller Ressorts darstellt, auch ein Fokus auf zwei besondere Zielgruppen: Frauen und Migranten.<sup>30</sup> Interessant ist, dass in der Strategie das THW mit seinen Bemühungen zur Erhöhung des Anteils von Frauen in den Ortsverbänden explizit erwähnt wird, gleichzeitig aber auch die Bemühungen um eine stärkere Einbindung von Senioren, Migranten, aber auch von Jugendlichen im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres angesprochen werden.

Themenkomplexe, die nicht nur von spezifischer Bedeutung für das THW, sondern von allgemeiner Wichtigkeit für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz sind.

Betrachtet man die Nationale Engagementstrategie genauer, so fallen zwei Kritikpunkte auf:

- Erstens bleibt sie in vielen Punkten – bewusst – sehr allgemein und lässt konkrete Handlungsanregungen vermissen;
- Zweitens ist es eben auch ein Papier der Bundesregierung; die, die eigentlich betroffen sind, hatten keine Chance mitzuwirken.

---

<sup>29</sup> BMFSFJ; <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aktuelles.did=161502.html>; aufgerufen: 23.05.12

<sup>30</sup> Ebd. S.12/13

So findet sich in den Presseerklärungen zur Nationalen Engagementstrategie auch nicht nur Zustimmung.

Heinz Golombeck, MdB, FDP schreibt in seiner Presseinformation Nr. 857 vom 6. Oktober 2010:

„Die Strategie entspricht dem Geist der Zeit. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung legt sie beispielsweise einen Schwerpunkt auf die Motivation von Menschen mit Migrationshintergrund für ein bürgerschaftliches Engagement.“<sup>31</sup>

Britta Hasselmann, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, schreibt in der Überschrift ihrer Presseerklärung:

„Stillstand statt Strategie – Engagementstrategie ein Sammelsurium von Maßnahmen“<sup>32</sup>

Dem schließt sich die SPD an:

„Ein Auflisten von Projekten macht aber noch keine Strategie aus.“<sup>33</sup>

Prof. Dr. Adalbert Evers, der auch Mitglied der Enquete Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ war, formuliert in einem Internetbeitrag:

„Die Nationale Engagementstrategie atmet den Geist, der üblicherweise Regierungsdokumente beseelt.... (..) Positiv am vorliegenden Papier ist, das es vor Augen führt, wie sehr Engagement eine Querschnittsaufgabe ist.“<sup>34</sup>

Allerdings stellt auch er die Frage der Beteiligung der Betroffenen an der Diskussion des Konzeptes.<sup>35</sup>

---

<sup>31</sup> FDP Im Deutschen Bundestag, Presseinformation Nr. 857, 6. Oktober 2010; GOLOMBECK: Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung trifft den Geist der Zeit

<sup>32</sup> Britta Hasselmann, MdB, Sprecherin für Kommunalpolitik, 8. Oktober 2010

<sup>33</sup> SPD Bundestagsfraktion, Presse, Nr. 1343/2010, 06.10.2010, Ute Kumpf, MdB

<sup>34</sup> Prof. Dr. Adalbert Evers, Beitrag auf der Webseite der „Aktive Bürgergesellschaft e.V.“

<sup>35</sup> Ebd.



Interessant ist, dass den „Freiwilligendiensten“ in der Engagementstrategie breiter Raum eingeräumt wird. Es ist offensichtlich erklärtes Ziel, die Jugendfreiwilligendienste sowohl qualitativ als auch quantitativ aufzubauen.

„Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die materielle und ideelle Anerkennung für Jugendfreiwilligendienst zu stärken. Dazu gehören eine bessere Anrechnung des Freiwilligendienstes auf eine Ausbildung im selben Tätigkeitsbereich oder die Gewährung eines Studienplatzbonus genauso wie Vergünstigungen in kulturellen Einrichtungen.“<sup>36</sup>

Bemerkens- und beachtenswert ist diese Zielsetzung aus zwei Gründen:

Einerseits stellt sich die Frage, ob es eine Konkurrenz zwischen den Freiwilligendiensten und dem freiwilligen Ehrenamt im Bevölkerungsschutz gibt. Es ist zweifelhaft, ob Jugendliche sich in beiden Bereichen gleichermaßen engagieren.

Andererseits kann man sich die Frage stellen, ob hier eine Privilegierung einer bestimmten Personengruppe erfolgt, wenn für den Freiwilligendienst eine besondere Anerkennung, sei es nun für die Ausbildung oder den Studienplatz, gefordert wird, der ehrenamtliche Dienst im Bevölkerungsschutz aber weder eine verstärkte materielle noch ideelle Anerkennung erfährt. Möglicherweise wären hier weitere Untersuchungen der Motivationslage und der Beweggründe für eine Entscheidung in die eine oder die andere Richtung sinnvoll.

Im gleichen Abschnitt der Engagementstrategie wird auch auf den Freiwilligendienst aller Generationen eingegangen.<sup>37</sup> Explizit heißt es:

„Umso dringlicher ist es deshalb, neben der weiteren Aktivierung der Älteren für bürgerschaftliches Engagement, eine attraktive Angebotsgestaltung auch für alle anderen Altersgruppen anzubieten. Hier bietet der FDaG flexible, für biografische Überbrückungszeiten, passgenaue Angebote.“<sup>38</sup>

Es ist an dieser Stelle erneut festzustellen: Offensichtlich werben viele „Dienste“ um die Älteren, und die Erkenntnis, dass (mehr) Senioren in Zukunft mehr Zeit für ein Ehrenamt haben werden, ist allgemein anerkannt.

Ein Augenmerk wird man auch auf das „Freiwilligendienststatusgesetz“ richten müssen, das von der Bundesregierung angestrebt wird.

---

<sup>36</sup> Engagementstrategie der Bundesregierung, 2010, S. 26.

<sup>37</sup> Engagementstrategie der Bundesregierung, 2010, S.27/28

<sup>38</sup> Ebd. S. 27

„Das Gesetz soll die Besonderheiten der Freiwilligendienste herausstellen, und zugleich Abgrenzung zum allgemeinen bürgerschaftlichen Engagement, zum Arbeitnehmerstatus und zum Pflichtdienst dienen sowie die Arbeitsmarktneutralität gewährleisten. Darüber hinaus sollen die einzelnen Dienstformate konkretisiert werden.“<sup>39</sup>

Man kann unterstellen, dass es der Bundesregierung tatsächlich nur um eine Abgrenzung der Freiwilligendienste vom allgemeinen bürgerschaftlichen Engagement geht, allerdings birgt ein derartiges „Statusgesetz“ die Gefahr einer (Zwei-) Klassengesellschaft im Ehrenamt:

Es kann nicht gewollt sein, dass dem Ehrenamt im Bevölkerungsschutz eine geringere Bedeutung zukommt oder hier der engagierte Bürger eine geringere Wertschätzung, sprich auch materielle und ideelle Wertschätzung, erfährt.

Die Nationale Engagementstrategie hat einen eigenen Abschnitt der sich mit der Kooperation im Bereich Katastrophenschutz beschäftigt:

„Der Kontakt zwischen Katastrophenschutzorganisationen und Arbeitgebern, Arbeitgeberverbänden, Kammern und Arbeitnehmervertretungen ist einerseits für die Gewährleistung der Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements – insbesondere hinsichtlich der Freistellung – wichtig. [..., U.C.] Arbeitsmarktpolitisch verfolgt die Bundesregierung in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Katastrophenschutz folgende Ziele: Angestrebt wird ein so genannter Doppelnutzen der Qualifizierung. Die Ausbildung, welche die Helfer für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im THW erhalten, soll sowohl der ehrenamtlichen als auch der hauptberuflichen Tätigkeit des Helfers/der Helferin dienen [..., U.C.]“<sup>40</sup>

Die ausdrückliche Nennung des THW sollte im Sinne pars pro toto gesehen werden, findet doch ein wesentlicher Beitrag zum Bevölkerungsschutz (Katastrophenschutz) auch in den (Freiwilligen) Feuerwehren und den Hilfsorganisationen statt. Der vorgeschlagene Weg spiegelt das wider, was auch in vielen Studien, wie an späterer Stelle noch gezeigt werden wird, in Bezug auf Motivation und Erwartungshaltung ehrenamtlich tätiger Helfer genannt wird und kann insofern nur begrüßt und unterstützt werden.

### **2.1.1.3 Demografiebericht der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsklausur im November 2009 in Meseberg folgenden Beschluss gefasst:

---

<sup>39</sup> Ebd. S. 29

<sup>40</sup> Engagementstrategie der Bundesregierung, 2010, S. 64/65

„Der Bundesminister des Innern wird beauftragt, einen interministeriellen Ausschuss, Demografie‘ zur Koordinierung von Programmen und Initiativen der Ressorts zur Gestaltung des Demografischen Wandels auf Staatssekretärs-Ebene einzuberufen und federführend dem Kabinett bis zum Jahr 2011 einen ‚Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes‘ vorzulegen. Der Bundesminister des Innern wird ferner beauftragt, dem Kabinett hierauf aufbauend bis zum Jahre 2012 einen Vorschlag für eine ressortübergreifende ‚Demografie-Strategie der Bundesregierung‘ vorzulegen.“<sup>41</sup>

Im Rahmen einer Befragung der Bundesregierung wurde der Bericht am 26.10.2011 von Bundesinnenminister Dr. Friedrich dem Parlament vorgestellt.

Wie der Minister in der einschlägigen Pressemitteilung feststellt:

„[...U.C.] liefert [der Bericht, U.C.] eine umfassende Beschreibung der demografischen Lage in Deutschland und der zu erwartenden Entwicklung.“<sup>42</sup>

Betrachtet man die Zahlen des Statistischen Bundesamtes<sup>43</sup>, so ergibt sich, dass von 2000 bis 2010 die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik um rund 500.000 abgenommen hat. Noch interessanter werden diese Zahlen, berücksichtigt man, dass die Zuzüge im vergleichbaren Zeitraum tendenziell eher ab- und die Fortzüge tendenziell eher zugenommen haben. Für die Frage der Prioritäten und Lebensgestaltung ist aber sicherlich auch die Zahl der Privathaushalte und die darin enthaltenen Einpersonenhaushalte von Bedeutung. Von 1995 bis 2000 haben beide um rund 3 Millionen zugenommen. Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte blieb dagegen nahezu unverändert.<sup>44</sup>

Aufschluss über Tendenzen in der Zukunft geben auch die Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Bevölkerung schrumpft im Zeitraum bis 2030 um fast fünf Millionen,

---

<sup>41</sup> Demografiebericht der Bundesregierung, Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und zukünftigen Entwicklung des Landes, 2011.

<sup>42</sup> Pressemitteilung Bundesministerium des Innern, Bundesinnenminister Dr. Friedrich legt Demografiebericht vor, 26.10.2011.

<sup>43</sup> Die Basisdaten werden an dieser Stelle direkt auf der Grundlage von Veröffentlichungen der statistischen Ämter zitiert, da das Zahlenmaterial im Demografiebericht der Bundesregierung eben genau auf diesen Daten basiert. Der Bericht selber wird herangezogen für die politischen Aussagen und die Maßnahmen, die von der Bundesregierung ergriffen worden sind und insofern, als andere Datenquellen benutzt wurden. Z.B. Eurobarometer.

<sup>44</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2011

„[...]U.C.] die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren wird hingegen um rund ein Drittel von 16,7 Millionen im Jahr 2008 auf 22,3 Millionen im Jahr 2030 ansteigen.<sup>45</sup>

Bedeutsam ist aber gleichzeitig, dass in den einzelnen Bundesländern die Entwicklung durchaus unterschiedlich verläuft: Eine Betrachtung des Ost-West- ebenso wie des Nord-Südgefälles, aber auch der Unterschiede zwischen Flächen- und Stadtstaaten kann wichtige Antworten auf die Frage geben, wie in Zukunft das Ehrenamt, das bürgerschaftliche Engagement gefördert und eben auch verstärkt für den Bevölkerungsschutz nutzbar gemacht werden kann.<sup>46</sup>

Aufgegriffen werden sollte an dieser Stelle auch die Anmerkung im Demografiebericht zur Entwicklung im ländlichen Raum und den Stadtregionen, zur Infrastruktur und der Mobilität. So heißt es im Bericht:

„Mit der demografischen Alterung wird sich auch der Bedarf an Infrastrukturleistungen verändern. Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden sich stärker an den Bedürfnissen Älterer orientieren.“<sup>47</sup>

Hier sind nicht nur Gesundheits- und Pflegedienste von Relevanz, sondern auch die Aufrechterhaltung des Rettungsdienstes und des allgemeinen Schutzes der Bevölkerung bei Katastrophen und im Spannungs- und Verteidigungsfall. Der Bevölkerungsschutz wird auch eine neue Dimension bekommen müssen, eben weil

- a) mehr Ältere Bedürfnisse haben werden und
- b) mehr Ältere auch im Bevölkerungsschutz aktiv sein sollten, sein wollen.

Auch wenn man heute häufig von den *jungen Alten* spricht und die gesundheitliche Situation der Senioren allgemein besser ist als in vergangenen Jahrhunderten, so ist doch nicht zu leugnen, dass in Bezug auf die Gesundheitsversorgung, infrastrukturelle Maßnahmen, aber auch in Bezug auf soziale Dienstleistungen in einer immer älter werdenden Gesellschaft auch der Bedarf wächst, höhere Ansprüche gestellt werden. Der vielfach festgestellte Anstieg der Zahl der Notarzteinsätze kann sicherlich auch in Korrelation zum erhöhten Durchschnittsalter der Bevölkerung gesehen werden. Dies sind zwei Seiten einer Medaille.

---

<sup>45</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1, 2011, S.8

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Demografiebericht der Bundesregierung, 2011, S. 238

Im Ausblick des Demografieberichtes werden nochmals explizit Punkte aufgegriffen, die von grundsätzlicher Bedeutung in der Diskussion des demografischen Wandels sind und die von der Bundesregierung als Handlungsfelder für ihre Demografiestrategie identifiziert werden. Mehrere der genannten Felder, – hier seien exemplarisch nur die Punkte „Die Potenziale älterer Menschen aktivieren... Den Rahmen für den demografischen Wandel in ländlichen Räumen und Städten gestalten...“<sup>48</sup> genannt – bedürfen einer vertieften wissenschaftlichen Betrachtung, will man Strategien für das Bürgerschaftliche Engagement im Bevölkerungsschutz entwickeln.

#### **2.1.1.4 Demografiestrategie**

Ende April 2012 hat der Bundesminister des Innern dem Parlament die Demografiestrategie der Bundesregierung *Jedes Alter zählt* zur Unterrichtung vorgelegt.

Insgesamt umfasst die Demografiestrategie sechs Handlungsfelder:

- „1. Familien als Gemeinschaft stärken
2. Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten
3. Selbstbestimmtes Leben im Alter
4. Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik
5. Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern
6. Handlungsfähigkeit des Staates erhalten“<sup>49</sup>

In der Einführung zur Strategie heißt es:

„Das Ziel der Demografiestrategie der Bundesregierung ist es daher, jedem Einzelnen entsprechend seiner Lebenssituation und seines Alters Chancen zu eröffnen, seine Potenziale und Fähigkeiten zu entwickeln und seine Vorstellungen vom Leben zu verwirklichen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Bundesregierung die Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen – von der Familie über die Bildung, das Arbeitsleben und Ehrenamt bis hin zur Gesundheit – so gestalten, dass sie den Erfordernissen Rechnung tragen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es jedoch genauso der Bereitschaft jedes Einzelnen, sich auf die Veränderungen einzulassen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen.“<sup>50</sup>

Im weiteren Verlauf wird dann konkretisiert:

„Demografiepolitik muss mehr sein als eine Summe der Maßnahmen der Bundesressorts. Dies bedarf intensiver Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung, die mit der Demografiestrategie auf den Weg gebracht werden. Die Bundesregierung ist sich dabei bewusst: Die Gestaltung des

---

<sup>48</sup> Demografiebericht der Bundesregierung, 2011, S. 244

<sup>49</sup> Vgl. Demografiestrategie der Bundesregierung, April 2012

<sup>50</sup> Demografiestrategie der Bundesregierung, April 2012, S. 1/2

demografischen Wandels kann nur gelingen, wenn sich daran alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure sowie die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit dem Ziel beteiligen, einvernehmlich zusammenzuwirken.“<sup>51</sup>

Die Demografiestrategie bewegt sich auf einem relativ abstrakten Niveau. Nachstehend werden zwei Beispiele aus der Strategie aufgegriffen, die in besonderem Maße Bedeutung für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz haben und über das Niveau allgemeiner Empfehlungen, wie zum Beispiel im Kapitel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ oder in Bezug auf die Entzerrung von Lebensabschnitten, hinausgehen.

Einerseits finden auch in dieser Demografiestrategie der Bundesregierung die Bundesfreiwilligendienste Erwähnung.<sup>52</sup> Die Bundesregierung unterstreicht an dieser Stelle nochmals die Bedeutung des Ehrenamtes – auch und insbesondere in den vielfältigen Vereins- und Organisationsformen – und geht dann nochmals auf die Schaffung des Bundesfreiwilligendienstes ein, der eben für alle Altersgruppen offen ist und damit auch Senioren die Möglichkeit eröffnet, sich verstärkt ehrenamtlich zu betätigen.

Im weiteren Verlauf wird dann noch konkreter auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eingegangen:

„Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist die Vergabe eines Güte-Siegels zur Vereinbarkeit von Beruf und Engagement gemeinsam mit Vertretern insbesondere von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, von Deutschem Olympischen Sportbund, Stiftungen, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern geplant.

Das ehrenamtliche Engagement ist auch als Grundlage des Bevölkerungsschutzes auf Dauer zu stärken und zu fördern. Um die Einsatzbereitschaft des Technischen Hilfswerks (THW), der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen langfristig sicherzustellen, will die Bundesregierung aus laufenden Projekten und Kampagnen eine umfassende Strategie zur Helferwerbung und -bindung entwickeln.“<sup>53</sup>

Im Kapitel III. „Ausblick“ ist unter der Überschrift „Ebenenübergreifender Dialog“ die möglicherweise am weitesten reichende Maßnahme beschrieben. Hier heißt es:

---

<sup>51</sup> Ebd. S. 5

<sup>52</sup> Ebd. S. 32

<sup>53</sup> Ebd. S. 33

„Die Gestaltung des demografischen Wandels kann nur gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen, Wirtschaft, Sozialpartner und gesellschaftliche Akteure unter Einbindung der Menschen vor Ort zusammenwirken. Die Bundesregierung wird daher einen umfassenden und kontinuierlichen Dialogprozess mit den Gestaltungspartnern mit dem Ziel initiieren, die unterschiedlichen Perspektiven und Gestaltungsansätze zum demografischen Wandel zusammenzuführen.“<sup>54</sup>

Hierzu ist nicht nur geplant, zu einem „Demografiegipfel“ einzuladen, sondern diesen auch durch Arbeitsgruppen vorbereiten zu lassen, an denen auch die Zivilgesellschaft in herausragender Weise beteiligt werden soll. Hier schließt sich der Kreis der Argumentation zur Engagementstrategie. Auch dort war die Beobachtung, dass Engagement nur in der Vernetzung möglich und dazu der Dialog notwendig ist.

## **2.1.2 Allgemeine Untersuchungen zur Demografie**

Neben den Berichten und Strategien der Bundesregierung sind einige allgemein Untersuchungen zur Demografie von Interesse, auch wenn sie sich nicht ausdrücklich auf den Bevölkerungsschutz oder ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz beziehen. Es lassen sich aber aus den Untersuchungen Erkenntnisse extrapolieren, die bei einer Betrachtung der Entwicklungen des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz Bedeutung haben und in zukünftige Überlegungen einfließen sollten.

### **2.1.2.1 BMFSFJ Freiwilligen-Survey 2009**

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat TNS Infratest Sozialforschung, München, im Jahre 2009 eine repräsentative Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement (*Freiwilligensurvey 2009*) durchgeführt<sup>55</sup>.

Der *Freiwilligensurvey 2009* steht in einer Reihe mit den bereits in den Jahren 1999 und 2004 durchgeführten Untersuchungen und bietet eine gute Möglichkeit des Vergleichs der Entwicklungen und Trends über einen 10-Jahres-Zeitraum.

Deutlich erkennbar ist eine Steigerung im Anteil der Bevölkerung, die aktiv an der Zivilgesellschaft teilnimmt. Waren es im Jahr 1999 66 %, so ist dieser Anteil im Jahr 2009 auf 71 % gestiegen. Auch in dieser Untersuchung ist eine Anmerkung zum Ost-West-

---

<sup>54</sup> Ebd. S 70

<sup>55</sup> TNS Infratest Sozialforschung, München, im Auftrag des BMFSFJ, Oktober 2010

Verhältnis zu finden. Da Bevölkerungsschutz flächendeckend vorhanden sein sollte und auf dem Ehrenamt, dem Engagement der Bevölkerung aufbaut, sind derartige Tendenzen und die Hintergründe, die einer Motivation oder der aktiven Mitgestaltung im Wege stehen – oder positiv formuliert, die eine Verstärkung stimulieren könnten – von Bedeutung. Im Hinblick auf einen Ausbau der Selbsthilfefähigkeit und einer Popularisierung des Selbstschutzgedankens ist dies ein Faktor, der noch eingehender untersucht werden sollte. Auch wenn nach wie vor im Westen ein höheres Engagement festzustellen ist, so muss man doch festhalten, dass es im Osten eine signifikante Erhöhung gegeben hat. Die Gründe hierfür sind aus den Untersuchungen nicht eindeutig abzulesen. Interessant wäre in diesem Zusammenhang möglicherweise eine Betrachtung, inwieweit sich die „alte“ Konnotation zum Begriff Ehrenamt geändert hat, oder ob es tatsächlich einen Wertewandel gegeben hat, der sich nach 20 Jahren Einheit auch in diesem Phänomen zeigen könnte. Möglicherweise sind aber auch die Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die soziale Absicherung besser geworden und ermöglichen eine verstärkte ehrenamtliche Tätigkeit, da Familie und Beruf besser vereinbar sind und die Sorge um den Unterhalt der Familie nicht mehr (so) zwingend das Leben bestimmt wie kurz nach der Wende.

Einer näheren Betrachtung ist die Tatsache Wert, dass nur rund die Hälfte der in der Zivilgesellschaft aktiv Tätigen (rund 36 % aktiv Tätige) sich längerfristig auf eine Tätigkeit festgelegt hat – ein Wert, der übrigens seit 2004 praktisch konstant ist. Die andere Hälfte der Engagierten ist zwar tätig, legt sich aber eben nicht verbindlich auf eine konkrete Aufgabe fest. Dies kann dafür sprechen, dass das „neue Ehrenamt“, also ein Engagement für kurzfristige, wohnortnahe (relevante) Tätigkeit in selbst organisierten Gruppierungen (z.B. Bürgerinitiativen) gar nicht mehr so „neu“ ist, sondern schon seit langem das Engagement von Bürgern bestimmt. In jedem Fall ist dies aber für den Bevölkerungsschutz ein Phänomen, das in weiteren Details untersucht werden sollte, da es nicht nur Aufschluss über eine zukünftige Ausrichtung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz geben kann, sondern auch Möglichkeiten aufzeigen könnte, wie andere Bevölkerungsgruppen in Zukunft verstärkt eingebunden werden könnten, ist doch weiterhin

„[...], U.C.] das freiwillige Engagement bei Männern, Erwerbstätigen, jungen Leuten, bei höher Gebildeten und bei Menschen mit einem gehobenen Bildungsprofil erhöht.“<sup>56</sup>

---

<sup>56</sup> Ebd. S. 4



„Arbeitslose, Menschen mit einfachem Sozial- und Bildungsstatus und solche mit einem Migrationshintergrund üben deutlich weniger als im Durchschnitt der Bevölkerung freiwillige Tätigkeiten aus.“<sup>57</sup>

Interessante Aufschlüsse über Zukunftsperspektiven bietet auch die Betrachtung der Bereiche des Engagements. Der Bereich Feuerwehr / Rettungsdienst (wie er im Survey überschrieben ist) steht zwar im mittleren Engagementbereich mit 3,1 % an der Spitze (noch vor dem Umwelt- und Tierschutz). Allerdings ist das Engagement eben nicht so groß wie z.B. in Kirche / Religion oder im sozialen Bereich. Spitzenreiter ist mit rund 10 % nach wie vor der Bereich Sport und Bewegung.

Die Betrachtung des Engagementpotenzials gibt Anlass positiv in die Zukunft zu blicken. Es gibt bereits einen deutlichen Zuwachs im Vergleich zu 1999, aber sowohl im „internen“ als auch im „externen Potenzial“ sind noch Zuwachsmöglichkeiten zu finden.

<sup>58</sup>

Auch wenn allgemeine Tendenzen beschrieben werden, dass im Zivil- und Katastrophenschutz die Zahl der zur Verfügung stehenden Helfer abnimmt, könnte man dennoch – vielleicht auch bewusst provokant – formulieren: Es gibt nach wie vor ein ungebrochenes Interesse in der Bevölkerung, sich ehrenamtlich zu betätigen.

Dies stellt nicht zwingend einen Widerspruch dar. Es geht – und das wird in der Zukunft möglicherweise verschärft der Fall sein – darum, einerseits das Interesse für bestimmte Aktivitäten zu wecken und andererseits darum, Engagementformen zu finden, die den Vorstellungen der Bürger entsprechen. In einem Sportverein finden nicht nur andere Aktivitäten statt als in einer Katastrophenschutzseinheit, es gibt auch eine ansprechendere, weil flachere – zumindest subjektiv wegen der Größenunterschiede der Strukturen einer Organisation im Bevölkerungsschutz und eines Sportvereins so wahrgenommen – Hierarchie und befriedigendere Aktivitäten, da das Ergebnis erkennbarer und die Arbeit für und mit anderen Menschen erfolgt. In Organisationen entsteht zumindest der Eindruck, dass häufig mehr für die Organisation oder in der Struktur gearbeitet wird, und man eher wenig mit den direkt Betroffenen zu tun hat.

Folgt man den Zielen der Engagementstrategie der Bundesregierung, so kann man auch feststellen, dass wohl offensichtlich der angedachte Doppelnutzen der Ausbildung

---

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Vergleiche BMFSFJ, Freiwilligensurveys, Grafik Z 3

gen, die man im technischen Bereich erwerben könnte, bisher noch nicht ausreicht, um Jugendliche für die Arbeit insbesondere bei den Feuerwehren und dem THW zu begeistern.

Letztlich ist wahrscheinlich zutreffend, dass ehrenamtliches Engagement eine Vielzahl von Motivationsgründen braucht, und intrinsische wie extrinsische Gründe zum Tragen kommen, die eben nicht auf monokausale Zusammenhänge reduziert werden können.

### **2.1.2.2 „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“<sup>59</sup> Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen**

Unter dem Titel „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ hat der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer 2010 eine Studie veröffentlicht, die sich mit der Sicherung der Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum beschäftigt. Diese Studie ist als Pilotprojekt zur Demografiestrategie der Bundesregierung zu sehen; es soll in Zusammenarbeit verschiedener Ressorts, des Bundes und der Länder in einem Zeithorizont bis 2030 Lösungsansätze zur Sicherung der Strukturen insbesondere im ländlichen Raum aufzeigen.

Wie schon an anderer Stelle aufgezeigt und angemerkt, erfolgt die demografische Veränderung nicht in allen Räumen gleichmäßig.

Aus diesem Grunde reicht es nicht, sich nur besondere Personengruppen oder bestimmte Aufgabenfelder anzusehen, sondern es ist zielführend, auch einen näheren Blick auf die räumlichen Veränderungen, und hier insbesondere im ländlichen Raum, zu werfen, der sicherlich in Bezug auf die Rekrutierung von ehrenamtlich Tätigen in besonderem Maße und in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung darstellen wird.<sup>60</sup>

Wesentliche Details der Ergebnisse sind im Folgenden dargestellt, auch wenn diese sich schon an andere Stelle finden. Festgehalten werden kann grundsätzlich, dass offensichtlich Übereinstimmung darin besteht, dass gerade für den ländlichen Raum eine

---

<sup>59</sup> Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten, Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 2010

<sup>60</sup> Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe plant für 2012 / 2013 eine Umfrage zu Motivationsfaktoren für ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz durchzuführen.

Sicherstellung der privaten und öffentlichen Infrastruktur einer spezifischen Planung mit lokalem Bezug bedarf. Die lokale Ebene der Kreise und kreisfreien Städte spielt hier eine bedeutsame Rolle, da letztendlich sie als untere Katastrophenschutzbehörde für die Sicherstellung des Schutzes der Bevölkerung Verantwortung trägt.

Am Beispiel der Feuerwehren werden in der Studie einige Handlungsansätze skizziert. Auch hier wird – zusätzlich motiviert durch eine andere Kausalität – darauf hingewiesen, dass

„[D, U.C.] ie Heterogenität der Gefahren eine pauschalierte Herangehensweise nicht zulässt, [..., U.C.]. Dabei wird das organisatorische Zusammenführen vorhandener Einsatzkräfte auf unterschiedlichen Ebenen und aus verschiedenen lokalen Strukturen besonders wichtig.“<sup>61</sup>

Neben den möglicherweise zusätzlich oder neu zu rekrutierenden Zielgruppen wird an dieser Stelle ein neues Organisationsmodell in Form von Stützpunkfeuerwehren und einem durch die Kommunen zu garantierenden Grundschutz propagiert. Im gleichen Kontext ist die Befürwortung einer

„[... , U.C.] verstärkten Nachbarschaftshilfe im Gefahrenfall und das Vorhalten einer Grundausrüstung zur Brandschutzbekämpfung“<sup>62</sup>

zu sehen. Das selbstschutzmäßige Verhalten der Bevölkerung bildet in diesem Modell die Basis des Bevölkerungsschutzsystems.

Schon im Jahre 2010 wurden durch den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Kurzexpertisen in Auftrag gegeben, die sich vertiefend mit der Themenstellung befassen und neben Maßnahmen aktuelle Entwicklungen aufzeigen sollten.

Relevant und exemplarisch ist in diesem Zusammenhang die Kurzexpertise „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Organisation der Gefahrenabwehr und die Notfallrettung als Mindestleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“<sup>63</sup> zu nennen.

---

<sup>61</sup> Ebd. S.18

<sup>62</sup> Ebd. S.18

Zielsetzung des Forschungsprojektes war es, die verschiedenen Initiativen und Ansätze, die auf den unterschiedlichen Ebenen unternommen werden, zusammenzuführen und für die Arbeit des BMI aufzubereiten.<sup>64</sup>

Insgesamt wird festgestellt, dass die Zahl der Freiwilligen in der Feuerwehr zurückgeht. Konkret wird ausgeführt:

„[...]U.C.] zwischen 1997 und 2007 um etwa 20.000 auf rund 204.000“.<sup>65</sup>

Begründet wird der Rückgang nicht nur allein durch die rückläufigen Bevölkerungszahlen, sondern auch durch einen allgemeinen Bedeutungsverlust ehrenamtlichen Engagements.<sup>66</sup>

Diese Anmerkung ist insofern interessant, als an dieser Stelle eben nicht nur monokausal die zurückgegangene Zahl der Geburten als Grund angegeben, sondern auch in einer sonst nicht häufigen Art und Weise, zumindest aber nicht in dieser Deutlichkeit, auf einen Wertewandel aufmerksam gemacht wird. Also eben auch nicht die Kausalität der Veränderung des Ehrenamtes allein angesprochen wird, sondern vielmehr eine Veränderung der Werte der Gesellschaft. Wenn Ehrenamt keinen Wert hat, bedeutet dies zwangsläufig, dass auch weniger Jugendliche und junge Erwachsene sich zum freiwilligen und unentgeltlichen Dienst bereit erklären.

Ein zweiter wesentlicher Punkt, der von den Autoren herausgearbeitet wird, ist die Vereinbarkeit von Arbeit und Ehrenamt. Wenn in den ländlichen Gebieten keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und Arbeitsuchende / Arbeitnehmer lange Anfahrzeiten in Kauf nehmen müssen, ist tagsüber eine Einsatzbereitschaft nur schwer oder gar nicht herzustellen.<sup>67</sup>

In diesem Kontext wird dann auch die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung angemahnt.

„Ansätze zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung:

---

<sup>63</sup> Albrecht, Gutsche, Rügenapp und Meier, Kurzexpertise: Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Organisation der Gefahrenabwehr und Notfallrettung als Mindestleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Hamburg, 30 November 2010

<sup>64</sup> Ebd. S. 5

<sup>65</sup> Ebd. S. 9

<sup>66</sup> Vgl. ebd.

<sup>67</sup> Vgl. hierzu ebd. S. 10

Die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung könnte dazu führen, dass viele Einsätze gar nicht nötig würden. Hier sind entsprechende zielgruppenspezifische Schulungs- und Unterweisungsangebote (z.B. für Kinder oder Senioren) in der Diskussion.<sup>68</sup>

Zu den möglichen Handlungsansätzen wird dann interessanterweise an erster Stelle – dies aber sicherlich im Einklang mit der oben zitierten Anmerkung zum Werteverlust –

„[...] U.C.] eine Fortsetzung der öffentlichen Diskussion um gesellschaftliche Grundwerte und zivilgesellschaftliche Mitwirkungs- und Verantwortungsbereitschaft [...] U.C.]“<sup>69</sup> gefordert.“

„Dies könnte durch öffentlich wahrnehmbare Würdigungen und Auszeichnungen ehrenamtlichen Engagements weiter unterstützt werden. Parallel dazu könnte z.B. die Entwicklung von Möglichkeiten der verstärkten Einbindung traditionell unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen in die ehrenamtlichen Einsatzabteilungen [...] U.C.] fortgesetzt werden.“

Hier schließt sich der Kreis zu Überlegungen, die schon weiter oben dargelegt worden sind. Gruppen wie Migranten, Frauen und Senioren müssen gefördert oder Hemmnisse für eine stärkere Beteiligung dieser Gruppen zu analysiert und beseitigt werden.

### **2.1.2.3 Personalpolitische Antworten auf Megatrends in unserer Gesellschaft (Bacheliorarbeit, 2008)**

Die Bachelor-Arbeit von Malte Koch aus dem Jahr 2008 wurde in die Auflistung der Studien unter dem Aspekt eines (allgemeingültigen) Personalmanagementkonzeptes aufgenommen. Auch das Ehrenamt bedarf eines professionell ausgerichteten Personalmanagements. Darüber hinaus wird in der Arbeit explizit auf den Demografischen Wandel und die Globalisierung oder Internationalisierung der Personalarbeit eingegangen. Themen, die durchaus auch von Bedeutung für das Ehrenamt sind

Beide Phänomene werden vom Autor als Megatrends angesehen, die auch und gerade die Ausrichtung und Gestaltung der Personalarbeit beeinflussen.

Einerseits könnten Lehren aus den Aussagen zur Personalrekrutierung, zur Personalführung und zur Personalentwicklung gezogen werden. Immer wieder stößt man bei Umfragen auf das Ergebnis, dass sich ehrenamtlich Tätige mehr Unterstützung von den Organisationen und Institutionen wünschen würden, in denen sie mitarbeiten.

---

<sup>68</sup> Ebd. S. 11

<sup>69</sup> Ebd. S. 15

Andererseits geben auch die Ausführungen zur Internationalisierung Anregungen, die von Bedeutung für die Ehrenamtliche Arbeit sein können.

Ausdrücklich sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es eben nicht genügt, Migranten anzusprechen und für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Auch das „Unternehmen“ oder im Fall des Ehrenamtes, die Organisation und das Umfeld müssen bereit sein, oder darauf vorbereitet werden, mit den ausländischen Mitbürgern zu arbeiten, was eine hohes Maß an interkultureller Kompetenz, insbesondere von Führungskräften, erfordert. Sonst könnte leicht der Eindruck entstehen, dass Migranten nicht erwünscht seien.

Genauso wie Unternehmen sich in Zukunft bemühen müssen, Arbeitnehmer auf sich aufmerksam zu machen und qualifizierte Kräfte an sich zu binden, so wird es auch notwendig sein, in der ehrenamtlichen Arbeit einen Fokus auf die (aktive) Rekrutierung von Mitarbeitern zu legen<sup>70</sup>. Auch, oder besser gerade, wenn man sich auf die drei wesentlichen Zielgruppen – Migranten, Senioren und Frauen – konzentriert, wird man – gerade in Städten – im direkten Wettbewerb mit anderen Organisationen aber auch anderen Freizeitbeschäftigungen stehen.

Besonderes Interesse verdient der Abschnitt, der sich in der Arbeit mit dem Gleichgewicht zwischen Arbeit und Leben beschäftigt. Hier heißt es:

„Das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ [eigentlich müsste man im Sinne dieser Studie noch das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement mit einfügen, U.C.] ist als eine der zentralen Herausforderungen an die moderne Beschäftigungspolitik zu verstehen [..., U.C.] Frauen sind bisher noch gezwungen, sich zwischen Familien und Karriere zu entscheiden, wodurch erhebliches Beschäftigungspotential verloren geht. Die veränderte Bevölkerungspyramide und eine höhere Lebenserwartung rücken zudem die Betreuung und Pflege älterer und pflegebedürftiger Angehöriger in den Fokus der privaten Aufmerksamkeit.“<sup>71</sup>

Neben den allgemeinen Anmerkungen zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt scheint an dieser Stelle noch eine andere Dimension des demografischen Wandels durch, die unter Umständen auch für ein ehrenamtliches Engagement von Bedeutung sein dürfte. Eine Dimension der „älter werdenden Bevölkerung“, die so

---

<sup>70</sup> Vgl. hierzu: Personalpolitische Antworten auf die Megatrends in unserer Gesellschaft: Ein Handlungsleitfaden für die künftige Gestaltung der Personalarbeit, Bachelorarbeit Malte Koch, 15.09.2008

<sup>71</sup> Ebd. S. 11

letztlich noch nicht wirklich betrachtet worden ist. Sollten Menschen in verstärktem Maße ihre Angehörigen pflegen müssen, so geht diese Zeit auch von dem Zeitkonto ab, dass sie ansonsten möglicherweise für das Ehrenamt genutzt hätten. Eine Überlegung, die durchaus einer näheren Betrachtung wert ist.

Bei aller Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort (inklusive Telearbeitsplätze) und allen Bemühungen um Gleichstellung bleibt offensichtlich immer noch ein wesentlicher Teil des Familienlebens in der Verantwortung der Frauen. Wenn es keine ausreichenden Kinder-, Alten- und / oder Krankenbetreuungsmöglichkeiten gibt, wird es weder gelingen, den Frauenanteil im Berufsleben, noch beim ehrenamtlichen Engagement wesentlich zu erhöhen.

In der Bachelorarbeit von Herrn Koch wird auch die Problematik der Personalentwicklung erörtert.<sup>72</sup> Personalentwicklung wird auch im und für das Ehrenamt – insbesondere in Organisationen und Institutionen – eine herausragende Bedeutung haben. Angefangen bei Faktoren, die allgemein und grundsätzlich die Motivation der ehrenamtlich Tätigen erhöhen können (siehe hierzu auch die Ausführungen weiter oben zur Frage von „Doppelnutzen“ von Ausbildungen), wird auch eine gezielte Förderung notwendig werden, will man den immer weiter gestiegenen Forderungen nach mehr Professionalität, und damit verbunden der Beherrschung auch komplizierterer technischer Geräte und Abläufe gerecht werden. THW, Feuerwehren, aber auch die Hilfsorganisationen für den Bereich der sanitätsdienstlichen / rettungsdienstlichen Betreuung sind hier gefragt, um tragfähige Modelle zu entwickeln, die den neuen Lebenslinienmodellen entsprechen – hierzu wird sicherlich auch die von Seiten des BBK geplante Studie zu Motivationsfaktoren ehrenamtlichen Engagements wichtige Erkenntnisse bringen.

Schlussfolgernd kann man festhalten, dass auch für den Umgang mit und der Einsatz von Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz eine höhere Professionalität in Sachen Personalpolitik notwendig sein wird. Sinkende Bevölkerungszahlen und gestiegene Anforderungen machen es unabdingbar, dass man sich gezielter um die Klientel der Bürger kümmert, die für ein ehrenamtliches Engagement in Frage kommen könnte. Der Wettbewerb unter den Organisationen aber auch mit den Freizeitangeboten wird zunehmen und andere, neue Lösungsansätze erforderlich machen.

---

<sup>72</sup> Ebd. S. 14 ff

#### 2.1.2.4 Die demografische Lage der Nation, Berlin Institut<sup>73</sup>

Die vorliegende Studie aus dem Jahr 2011 zeichnet sich dadurch aus, dass sie explizit einen detaillierten Überblick über Entwicklungen in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik gibt. Sie macht deutlich, dass eine schlichte Betrachtung der Unterschiede der Verhältnisse zwischen Nord und Süd oder Ost und West nicht ausreicht, um die Herausforderungen der kommenden Jahre richtig zu beschreiben.

Die Statistiken zur Wirtschaft, Integration, Bildung und Familienfreundlichkeit geben mehr als nur einen Anhaltspunkt über Perspektiven, die uns in der Zukunft erwarten. Moderne Familienpolitik, Bildung, Aussagen zu den Migrationstendenzen sind Themenkomplexe, die eingehend betrachtet werden. Sicherlich von besonderer Bedeutung, weil in der Fragestellung eher ungewöhnlich, ist das Kapitel über die Frage

„[...] U.C.] was die Zivilgesellschaft zur Lösung der Probleme beitragen (kann), die der demografische Wandel bringt.“<sup>74</sup>

„Die Unfähigkeit des Staates, alle Erwartungen zu erfüllen, soll durch eine größere Eigenverantwortung der Bürger für Lebensrisiken und ihr Lebensumfeld beantwortet werden, so lautet oft der Tenor – von der Kinderbetreuung über die Pflege bis zur Altersvorsorge [...U.C.]. Deshalb wird ehrenamtliches, bürgerschaftliches, bürgerliches oder eben freiwilliges Engagement allerorts gelobt und mehr und mehr auch eingefordert.“<sup>75</sup>

Im Abschnitt „Was tun?“ werden Empfehlungen gegeben, die Anreize für ein ehrenamtliches Engagement schaffen oder es ermöglichen sollen:

Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Ehrenamt – insbesondere auch im ländlichen Raum – muss gefördert werden. Wohlfahrtsverbände und freie Träger müssen sich neu orientieren und besser auf das Ehrenamt und die Ehrenamtliche Mitarbeit vorbereiten (vergleiche hierzu die Ausführungen zum Personalmanagement) und schlussendlich muss die Altersgruppe der über 60jährigen mehr aktiviert werden, gerade vor dem Hintergrund, dass diese Klientel in Zukunft nicht nur immer größer, sondern eben auch mit dem nötigen finanziellen Hintergrund und der (Lebens- / Berufs-) Erfah-

---

<sup>73</sup> Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Region leistet, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Erste Auflage März 2011

<sup>74</sup> Ebd. S. 102

<sup>75</sup> Ebd. S. 102 / 103



nung ausgestattet sein wird, um bei guter Gesundheit einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.<sup>76</sup> Auch diese Empfehlungen sind wiederum wenig konkret und bedienen Allgemeinplätze. Gefordert sind Modelloptionen, die von den Akteuren auch umgesetzt werden (können).

## **2.2. Exkurs Europa – Ehrenamt im Vergleich**

Das European Volunteer Centre, CEV, publizierte 2007 eine Bibliographie zum Ehrenamt.<sup>77/78</sup>

Auch wenn letztendlich die Gesellschaften sich in den einzelnen Ländern Europas unterschiedlich (schnell) verändern, die Grundtendenz des demografischen Wandels ist überall gegenwärtig und prägt die weitere Entwicklung. Kulturelle Unterschiede prägen einerseits das Bild in Bezug auf den Beitrag der Zivilgesellschaft zum Gemeinwohl, andererseits bieten gerade sie auch eine sehr gute Möglichkeit zu lernen und Modelle für ein bürgerschaftliches Engagement, die sich als tragfähig erwiesen haben, zu adaptieren und zu übertragen.

Die Bibliographie, die von der Europäischen Kommission im Rahmen eines Projektes gefördert wurde, beinhaltet 196 Studien / Untersuchungen, die von 28 Mitgliedsorganisationen eingesandt worden sind und 22 europäische Länder sowie Israel betreffen. Die Studie, die in Englisch abgefasst ist, umfasst die Dokumente, die von den Mitgliedsorganisationen als relevant angesehen und an CEV geschickt worden sind.

Die Analyse der eingeschickten Dokumente zeigt, dass die Forschung zum Ehrenamt innerhalb der Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. In einigen Staaten legt man großen Wert auf wissenschaftliche Arbeiten, in anderen steckt die Entwicklung noch in den Kinderschuhen.

Interessant ist, dass es (bisher) keinen Vergleich über Ländergrenzen hinweg, für Europa gibt. Die Studien beschränken sich jeweils auf den nationalen Kontext.

---

<sup>76</sup> Vgl. S. 134 ff

<sup>77</sup> Bibliography on Volunteering Research in Europe, Published by the European Volunteer Centre, 2007

<sup>78</sup> Die deutsche und die englische Terminologie sind hier nicht ganz deckungsgleich und bei einem Vergleich der Aktivitäten müssen auch kulturelle Besonderheiten berücksichtigt werden.

Hier ist möglicherweise Forschungsbedarf für die Zukunft zu sehen, eine vergleichende Betrachtung über Landesgrenzen hinweg könnte Aufschluss darüber geben, wie Herausforderungen in einzelnen Staaten gemeistert worden sind und zu einem Transfer der Lessons Learned führen, der letztlich allen in der Sache dienlich wäre und helfen könnte, Zukunftsperspektiven aufzuzeichnen.<sup>79</sup>

Es ist auffällig, und dies könnte man als Indiz für eine bisher fehlende profunde Betrachtung werten, dass aus Deutschland nur sieben Studien angemeldet wurden, obwohl mindestens zehn hätten gemeldet werden können; von den gelisteten Studien war die Hälfte im Jahr 2007 bereits älter als fünf Jahre.

Die Gründe hierfür könnten unterschiedlicher Natur sein. Es zeigt jedoch, dass auch in Deutschland, das seit Jahrzehnten eine ausgeprägte Ehrenamtskultur hat, die Grundlagenforschung noch ausbaufähig ist. An sich ist das Alter der Studien nicht zwingend problematisch. Vor dem Hintergrund vieler grundlegender Änderungen, die das Ehrenamt betreffen – und dabei ist der demografische Wandel nur ein Phänomen – und die erst in den letzten Jahren Platz gegriffen haben, scheint es aber angezeigt, eben auch Phänomene wie die Migrations- und Integrationsbewegungen, ebenso wie die Probleme einer relativ hohen Arbeitslosigkeit oder anderer Motivationsgründe zu hinterfragen, und dies sollte aus einem aktuelleren Blickwinkel erfolgen.

---

<sup>79</sup> Als Exkurs sei hier eingeschoben, dass die Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Union sich mit der Ausgestaltung des Freiwilligen Corps für die Humanitäre Hilfe, das nach dem Lissabonvertrag vorgesehen ist sehr schwer getan hat und immer noch tut. Trotz entsprechender Studien. Man hat Umfragen bei den humanitären Akteuren gemacht und versucht, die richtigen Aufgabengebiete zu definieren. Ziel soll es sein, ein europäisches Freiwilligen Corps aufzustellen. – Im Sinne des amerikanischen Peace Corps.

### **2.3 Studien / wissenschaftliche Untersuchungen mit direktem Bezug zum Ehrenamt und Bevölkerungsschutz**

In den vorangegangenen Abschnitten wurden Studien und Statistiken betrachtet, die aufgrund ihrer allgemeingültigen Aussagen zum demografischen Wandel nicht zu vernachlässigen sind. Letztlich ist der demografische Wandel der zugrunde liegende Trend, der betrachtet werden soll und der in Zukunft die Landschaft des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz verändern wird.

Im Folgenden soll mehr spezifisch betrachtet werden, wie im Einzelnen die Veränderungen in der Bevölkerung das bürgerschaftliche Engagement insbesondere im Bevölkerungsschutz prägen werden.

Hierzu wurden exemplarisch relevante Studien herangezogen, die sich explizit mit dem demografischen Wandel und im weitesten Sinne seinen Auswirkungen auf den Bevölkerungsschutz beschäftigen.

#### **2.3.1 Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum auf das ehrenamtliche Engagement am Beispiel der FF im Landkreis Bad Kreuznach (Diplomarbeit, April 2006)<sup>80</sup>**

Die Autorin Barbara Metzmann beschreibt in ihrer Diplomarbeit das Problem des Landkreises Bad Kreuznach und kommt zu der Schlussfolgerung, dass nicht nur der demografische Wandel, sondern auch die Veränderungen im Verhalten der Bevölkerung – der Wechsel vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt – für den Mitgliederschwund in der freiwilligen Feuerwehr verantwortlich ist – interessanterweise ist die Arbeit bereits im Jahr 2006 entstanden. Neue Konzepte werden aber in den Organisationen (der Feuerwehr) eigentlich erst in den letzten Jahren diskutiert.

Implementiert wurden Maßnahmen bis zum heutigen Tage eher punktuell. Vereinzelt finden Ehrenamtliche kurzfristige Projekte an denen sie sich beteiligen können, oder es wurden Strukturen aufgebaut, die die Einbeziehung von spontanen Helfern in Katastrophenlagen ermöglichen sollen. Den Regelfall stellt dies noch lange nicht dar.

---

<sup>80</sup> Metzmann, Barbara April 2006: Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum auf das ehrenamtliche Engagement am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr im Landkreis Bad Kreuznach, Hamburg: Diplomica Verlag.

Der Fokus der Betrachtung liegt einerseits auf der Veränderung der Bevölkerung speziell im ländlichen Raum, Landkreis Bad Kreuznach, andererseits auf der ehrenamtlichen Arbeit in Non-Profit-Organisationen.<sup>81</sup>

In ihrer Einführung schreibt Frau Metzmann:

„Hinzu kommen Fluktuation, Geburtenrückgang, Veränderungen der Freizeitgestaltung oder auch Umzüge bzw. Abwanderungen. Selbst wenn der Löschzug noch genügend Feuerwehrleute aufweist, liegen die Arbeitsstätten vieler Engagierter in großer Distanz zu ihrem Heimatort, so dass sie tagsüber nicht erreichbar sind. Darüber hinaus treten oftmals Schwierigkeiten bei der Freistellung vom Arbeitgeber auf.“<sup>82</sup>

An dieser Stelle scheint schon durch, dass offensichtlich die Probleme der Freiwilligen Feuerwehr eben nicht nur auf den demografischen Wandel zurückzuführen sind: So können Veränderungen des Freizeitverhaltens ebenso wenig dem demografischen Wandel zugeordnet werden, wie ein bestehender Wertewandel in der Gesellschaft. Die Tatsache, dass heute von einem Arbeitnehmer eine größere Flexibilität gefordert wird als zum Beispiel vor 50 Jahren, muss eher mit der Wirtschaftsentwicklung verknüpft werden, als mit dem Rückgang der Geburten- und Sterberaten. Offensichtlich trägt die Arbeitsmarktsituation auch zu Unsicherheiten bei; Freistellungen vom Arbeitgeber sind heutzutage weder für Lehrgänge / Ausbildungen, noch für Einsätze selbstverständlich.

Auch wenn an dieser Stelle explizit die Feuerwehren im Fokus stehen, so ist die Verallgemeinerung und Übertragung der Ergebnisse der Analyse auf andere im Zivil- und Katastrophenschutz eingebundene Organisationen zulässig. Metzmann schreibt in ihrer Einführung weiter:

„Als besonders bedeutsam wird der demografische Wandel empfunden.“<sup>83</sup>

Wie oben skizziert, ist das Problem nicht monokausal und die Situation wird noch komplexer dadurch, dass verschiedene Gründe sich überlagern und die Auswirkungen da-

---

<sup>81</sup> Inwieweit die Freiwilligen Feuerwehren (die hauptamtlichen ganz sicher nicht) als Non-Profit-Organisationen anzusehen sind, sei an dieser Stelle einmal ausgeblendet, weil es für die Betrachtung der eigentlichen Problematik des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen für den Bevölkerungsschutz nur von sekundärer Bedeutung ist. Aus genanntem Grund wird an dieser Stelle auch auf die Begriffsbestimmung, die soziologische Perspektive und die beschriebenen Charakteristika, die von der Autorin angeführt werden, nicht eingegangen

<sup>82</sup> Ebd. S. 2

<sup>83</sup> Ebd. S. 2

bei eher (negativ) verstärkt werden. Der demographische Wandel ist dabei nur eine Ursache unter vielen, und nicht alle Herausforderungen können und sollten ihm direkt zugeordnet werden.

„Anhand der Betrachtungen wird deutlich, dass für den beobachteten Mitgliederschwund nicht nur der demografische Wandel, sondern auch die Verschiebung vom alten zum neuen Ehrenamt ausschlaggebend ist.“<sup>84</sup>

In ihren Anmerkungen zur allgemeinen Fragestellung geht die Autorin auch auf die Einschätzung von Experten (der Feuerwehr) ein, die vermuten, dass viele Freiwillige nicht mehr zur Feuerwehr kommen, oder sogar ihren Dienst vernachlässigen, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Wenn dies zutrifft, spielt offensichtlich die häufig auf kurzfristige Gewinnmaximierung ausgerichtete Unternehmensstrategie vieler Firmen eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Frage, ob und wie man sich ehrenamtlich engagiert. Allerdings muss man auch konstatieren, dass es für einen mittelständigen Betrieb nicht immer leicht ist, durch Freistellungen ausgelöste Ausfälle zu kompensieren. Insofern ist der immer größer werdende Konkurrenzdruck möglicherweise Grund für einen restriktiven Umgang mit der Beurlaubung von Mitarbeitern.

Es würde zu weit führen, würde man an dieser Stelle die Diskussion über Vollkasko-mentalitäten oder die Verlagerung von Verantwortung für die Gefahrenabwehr auf den Staat weiter vertiefen. Es sei allerdings angemerkt, dass man sich in früheren Zeiten in der Dorfgemeinschaft eben helfen musste, sonst wäre man in der Konsequenz beim eigenen Schaden „alleine“ gewesen. In diesem Sinne bleibt festzuhalten, dass die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten ergeben haben, eben auch einen nicht zu unterschätzenden Effekt auf das ehrenamtliche Engagement haben und Veränderungen in den Mitgliedszahlen bei der Feuerwehr oder den Organisationen auch damit zu begründen sind. Traditionsverhalten greift hier nicht mehr zwingend, auch wenn in der EMNID-Studie des DRK (siehe weiter unten) teilweise die „alten“ traditionalistischen Ansätze durchscheinen.

Beachtenswert ist, dass der weiter oben genannte Freiwilligensurvey von 1999 eine spezielle Auswertung für Rheinland-Pfalz erfahren hat. Die weiteren Untersuchungen (2004 und 2009) sind aufgrund des Jahres der Erstellung der Arbeit nicht berücksich-

---

<sup>84</sup> Ebd. S.2

tigt. Offensichtlich hat aber Rheinland-Pfalz dem Survey besondere Bedeutung beige-messen.

Auch Metzmann weist noch einmal darauf hin, dass es sich bei den Projektionen des Statistischen Bundesamtes nicht um Prognosen, sondern um Modellrechnungen handelt.<sup>85</sup> Inwieweit die Modellrechnungen in 50 oder mehr Jahren ein Spiegel der Realität sein werden, hängt wesentlich davon ab, ob die Grundannahmen zutreffend sind, oder sich hierzu Abweichungen ergeben haben.

Da in der Diplomarbeit auf die gleichen statistischen Quellen zurückgegriffen wurde, die, soweit sie von Relevanz waren, auch schon weiter oben im Detail dargestellt wurden, kann hier auf eine nähere Betrachtung verzichtet werden. Interessant erscheinen die Anmerkungen speziell zum Bundesland Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz ist dünn besiedelt und der Anteil der jungen Bevölkerung ist deutlich höher als in den neuen Bundesländern.<sup>86</sup> Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter ist allerdings in Rheinland-Pfalz geringer als im Rest der Republik, ebenso der Ausländeranteil, was die Autorin auf die Tatsache zurückführt, dass Rheinland-Pfalz ein eher ländlich geprägtes Bundesland ist und Migranten sich in der Regel eher in Ballungsgebieten ansiedeln. Diese Anmerkungen sind von Bedeutung, will man Verallgemeinerungen ableiten und Rückschlüsse in Bezug auf die drei Zielgruppen – Migranten, Senioren und Frauen – ziehen.

Die exemplarische Betrachtung des Landkreises Bad Kreuznach spiegelt eindrucksvoll wider, was der demografische Wandel „in konkreten Zahlen“ bedeutet.<sup>87</sup>

Der Rückgang insbesondere der jungen Bevölkerungsanteile wird eine Verkleinerung der Jugendfeuerwehren zur Folge haben und wenn die Altersgrenze, die die aktive Mitarbeit begrenzt, weiterhin bei 63 Jahren bleibt, wird man den Schwund nicht durch ältere Mitglieder, die länger in der Feuerwehr verweilen (wollen), kompensieren können.

---

<sup>85</sup> Vgl. ebd. S. 12

<sup>86</sup> Vgl. ebd. S. 19

<sup>87</sup> Der Landkreis wird bis zum Jahr 2050 rund 33.000 Einwohner verlieren, was rund 21 % der Bevölkerung ausmacht.<sup>87</sup> Dies ist die Annahme der mittleren Modellrechnung.

An dieser Stelle zeigt sich eine besondere Schwierigkeit der Einsatzorganisationen und hier im Speziellen der Feuerwehren: (Ältere) Senioren sind, auch bei guter Gesundheit, nur bedingt in der Lage, körperlich stark belastende Einsätze durchzuführen. Im Sinne der Fürsorgepflicht für die ehrenamtlich Tätigen, aber auch im Sinne einer effizienten Einsatzabwicklung ist hier Vorsicht geboten. Dies kann bedeuten, dass man über neue Einsatzstrukturen und Einsatzabläufe nachdenken muss – Alternativen, die möglicherweise auch den verstärkten Einsatz von Frauen ermöglichen würden. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang ein Einsatz als „Helfer vor Ort“, als Ausbilder (insbesondere auch in der vorbeugenden Brandbekämpfung / Unterricht an Schulen) oder als Stabsmitarbeiter.

Im weiteren Verlauf der Arbeit geht die Autorin auf die Non-Profit-Organisationen und den Dritten Sektor ein. Es ist sicherlich interessant zu sehen, dass sich Soziologie und Politologie wohl schon mehr mit diesem Sektor beschäftigt haben, als die klassische Volkswirtschaftslehre.<sup>88</sup>

„Soziologisch ist die Untersuchung von ehrenamtlichem Engagement, dessen Strukturen und Entwicklung ein Gebiet, welches, aufgrund seines steten Wandels, immer wieder neuer Analysen bedarf.“<sup>89</sup>

Offensichtlich gibt es, folgt man dieser Anmerkung, immer wieder neuen Forschungsbedarf. Der Übergang vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt, auf den im Folgenden noch eingegangen werden soll, ist nur ein Beispiel für die beschriebenen Veränderungen und offensichtlich sind die Gründe für den Wandel nicht immer uneindeutig festzustellen.

Interessant sind die Anmerkungen zur Landesstudie Rheinland-Pfalz, die auf dem Freiwilligensurvey aufbaut.

„Wie schon für Gesamtdeutschland festgestellt, herrschen auch in Rheinland-Pfalz Stadt-Land-Unterschiede.“<sup>90</sup>

Offensichtlich gilt hier, dass in ländlichen Regionen das Engagement größer ist als in Ballungsgebieten. Vergleicht man hierzu aber die Situation allgemein in der Bundesrepublik, so stellt man fest, dass diese zitierte Pauschalierung nicht für alle Bundesländer so zutrifft. Möglicherweise helfen an dieser Stelle auch nur eine detailliertere Betrachtung

---

<sup>88</sup> Ebd. S. 29

<sup>89</sup> Ebd. S. 32

<sup>90</sup> Ebd. S. 48

tung und die Suche nach anderen Ursachen für geringe oder verstärkte Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement. Im gleichen Kontext könnte auch ein Vergleich zwischen großstädtischen und ländlichen Bereichen interessante Erkenntnisse bringen, wenn man differenziert auf das bürgerschaftliche Engagement allgemein oder / und auf das ehrenamtliche Engagement bei Organisationen und freien Trägern blicken würde, was möglicherweise deckungsgleich mit den Entwicklungen zum „alten“ oder „neuen“ Ehrenamt sein könnte.

Auch Metzmann beschreibt die Erkenntnis:

„Anhand von Studien und Beobachtungen zum Ehrenamt wird die These aufgestellt, dass sich das so genannte neue Ehrenamt eher in kürzer angelegten Projekten, mit größerem Freiraum für die Ehrenamtlichen vollzieht. Folglich muss von einem Wandel des Ehrenamtes, von einem dauerhaften zu einem kurzfristigen, überschaubaren und oftmals nur auf bestimmte Projekte bezogenen, ausgegangen werden.“<sup>91</sup>

Liest man diese Zeilen aus dem Jahre 2006, so stellt sich die Frage: „Hat man zwischenzeitlich gelernt mit dieser Tatsache, die möglicherweise noch durch den demografischen Wandel in ihren Auswirkungen verstärkt wird, umzugehen? Hat man in den Organisationen, haben die Verantwortlichen neue Strategien entwickelt, die dies berücksichtigen und die den Wünschen und Werten der ehrenamtlich Tätigen entgegenkommen?“ Es scheint, als ob man den Erkenntnissen und dem demografischen Wandel hinterherhinkt. Für eine profunde Antwort auf diese Fragen dürften aber genauere Untersuchungen und eine Betrachtung im Detail notwendig sein.

Die Auswirkungen der Arbeitsmarktentwicklungen sind an andere Stelle schon aufgegriffen worden, erwähnenswert erscheint aber der im Abschlusskapitel der Diplomarbeit aufgegriffene Ansatz, der sich mit der Ganztagschule und den Auswirkungen auf die Jugendfeuerwehr beschäftigt.<sup>92</sup>

Jugendliche werden zukünftig auch durch die Ganztagschule stärker eingebunden sein und weniger Zeit für die Freizeitbeschäftigung „Feuerwehr“ haben. Möglicherweise liegt ein Lösungsansatz darin, aktiv an die Kinder und Jugendlichen heranzutreten, anstatt darauf zu warten, dass sie sich im Gerätehaus treffen. Erfahrungen mit dem Schulsanitätsdienst der Hilfsorganisationen würden zumindest den Rückschluss zulas-

---

<sup>91</sup> Ebd. S. 52

<sup>92</sup> Vgl. hierzu S. 76 / 77



sen, dass der frühestmögliche Kontakt mit der Hilfsorganisation nicht schädlich ist, sondern im Gegenteil die Bindung verstärken, aber auch und insbesondere einen Einfluss auf die Werteentwicklung und damit auf zukünftiges ehrenamtliches Engagement – in welcher Form auch immer – haben kann: „Wer Erste Hilfe leistet, prügelt nicht.“ Und wer Gemeinschaft und Verantwortung früh kennen lernt, geht auch später anders damit um.

Hier kann man einerseits den Gedanken des Personalmanagements wieder aufgreifen, eine möglichst frühe Bindung von potenziellen ehrenamtlich Tätigen an die Organisation zu schaffen, andererseits wäre es interessant – würde aber über die Zielsetzung dieser Studie hinausgehen – die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, auf die Werteentwicklung zu untersuchen, wenn Jugendliche frühzeitig zu solidarischem Handeln angehalten werden.

Metzmann fügt in ihren Schlussfolgerungen den Überlegungen zu Zielgruppen, neben den schon mehrfach genannten drei Gruppen, eine weitere hinzu, die der Arbeitssuchenden.<sup>93</sup>

Einerseits ist die Anmerkung sicherlich korrekt, dass diese Klientel über Zeit verfügt, sich ehrenamtlich zu engagieren. Abgesehen von der Frage wie die Arbeitsagenturen diese Tätigkeit einschätzen, in vielen Bereichen wird dies sehr restriktiv gesehen, weil man die These vertreten kann, dass ein ehrenamtlich Tätiger, der mehr als 15 Wochenstunden leistet, nicht mehr wirklich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, ist andererseits dieses Engagement eine Gratwanderung zwischen sinnvoller Beschäftigung und Ausnutzung, Verzerrung auch des Arbeitsmarktes, wenn so durch Ehrenamtsstrukturen möglicherweise Arbeitsplätze kompensiert werden.

Allerdings stellt es auch eine große Chance dar. Es könnte so in vielfältiger Hinsicht ein Beitrag zur Integration (von Migranten) geleistet werden, die so ihre Kontakte ausdehnen und Erfahrungen sammeln können auch in der Zeit, in der sie nicht oder noch nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sein können.

Aufgreifen könnte man für weitere, eingehendere Betrachtungen die Anmerkungen zum Frauenanteil in der – immer noch – männlich geprägten Welt der Feuerwehren

---

<sup>93</sup> Vgl. ebd. S. 79

und des THW. Inwieweit dies auf alle Aktivitäten des Zivil- und Katastrophenschutzes übertragen werden kann, müsste geprüft werden. Ausländische Frauen sind sicher die Klientel, die am schwierigsten – wenn überhaupt - für die Tätigkeit in der Feuerwehr zu motivieren sein dürfte und für die umgekehrt auch die Akzeptanz am schwierigsten herzustellen sein dürfte. Interessant wäre auch eine nähere Betrachtung des Bildungsniveaus. Altruistische Motive und aber auch Spaßfaktoren, oder die Möglichkeit auch für das eigene berufliche Fortkommen zu profitieren, sind Elemente, die in Zukunft berücksichtigt werden müssen.

Metzmann greift diese Fragen in ihrer Schlussbetrachtung auf, wenn sie auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit und Ansprache von potenziell Interessierten eingeht.<sup>94</sup> Hier trifft sich die Argumentation wieder mit dem personalpolitischen Ansatz, verstärkt auch Maßnahmen der Rekrutierung (frühen Bindung) zu prüfen.

„Die Freiwillige Feuerwehr muss attraktiver gestaltet werden. [...],U.C.]. Den Jugendlichen muss verdeutlicht werden, dass sich uneigennütziges, freiwilliges Engagement lohnt und Spaß macht. Ebenfalls ist ihnen die Relevanz der sozialen Kompetenz, die sie in der Jugendfeuerwehr erlernen, vor Augen zu führen.“<sup>95</sup>

Schlussfolgernd bleibt festzuhalten, dass in dieser Diplomarbeit auch die verstärkte Einbindung von Zielgruppen, die bisher vernachlässigt wurden, gefordert wird. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch ein Umdenken für die Organisation: Alte Strukturen sind in der Zukunft nicht unbedingt tragfähig, neue Einsatzkonzepte müssen angedacht werden, um den Bedürfnissen und Möglichkeiten auch von Senioren und Frauen Rechnung zu tragen.

Inwieweit die sehr technisch orientierte Freiwillige Feuerwehr mit der Notwendigkeit einer zuverlässigen Bindung und damit verbunden fortlaufenden Aus- und Fortbildung ihrer Mitglieder eine Sonderrolle einnimmt, müsste man noch genauer prüfen. Diese Fragestellung wurde in der vorliegenden Diplomarbeit nicht erörtert. Unabhängig von der Antwort auf diese Frage kann man aber festhalten, dass sicher allgemeingültige Schlüsse aus der Arbeit auch für den gesamten Bereich des Bevölkerungsschutzes möglich sind.

---

<sup>94</sup> Vgl. ebd. S. 92

<sup>95</sup> Ebd. S. 92

### 2.3.2. Masterplan Daseinsvorsorge<sup>96</sup>

Der Bericht mit dem Untertitel *Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft in den Modellregionen Südharz-Kyffhäuser und Stettiner Haff* dokumentiert die Ergebnisse des Modellvorhabens *Masterplan Daseinsvorsorge* in den genannten Regionen. Entstanden sind diese Ergebnisse aus den Beratungen von regionalen Arbeitsgruppen, die basierend auf Status-quo-Analysen und Trendfortschreibungen Anpassungsszenarien entwickelt haben.<sup>97</sup>

Der Prozess *Masterplan Daseinsvorsorge* wurde durch die Regionen und Landkreise initiiert, insbesondere auch, um sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Infrastrukturbereiche der Daseinsvorsorge zu beschäftigen, daraus notwendige Anpassungsstrategien abzuleiten und deren Umsetzung zu begleiten. Hierzu wurden in einem ersten Schritt Handlungsfelder identifiziert, die spezifisch betrachtet werden sollten.

Die Region Stettiner Haff hat dabei unter anderen die Strukturen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr ausgewählt, die im Folgenden näher erörtert werden soll. Es erfolgt an dieser Stelle eine ausschließliche Fokussierung auf diesen Infrastrukturbereich.

Die Arbeitsgruppe hat sich entschieden, als Leitinfrastruktur den Brandschutz zu bearbeiten, daneben werden auch der Katastrophenschutz und der Rettungsdienst mit in die Überlegungen einbezogen.

Parallelen zum vorhergehenden Abschnitt werden deutlich in der Anmerkung, dass auch in der Region Stettiner Haff unter der Woche die Einsatzkräfte nicht oder nur bedingt zur Verfügung stehen, da ihre Arbeits- oder Ausbildungsplätze sich außerhalb befinden. Ebenso leidet diese Region unter dem demografischen Wandel, der zu Nachwuchsproblemen in den Organisationen führt.<sup>98</sup>

Auf eine detaillierte Darstellung der Methodik für die Betrachtung wird zugunsten einer Ergebnisfokussierung verzichtet. In Teil 2 „Methodische Grundbausteine der Begleit-

---

<sup>96</sup> BMVBS Online Publikationen 35/10; Hrsg. BMVBS Dezember 2010

<sup>97</sup> Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Veröffentlichungen

<sup>98</sup> Ebd. S. 3

forschung“ wird eingehend auf die Grundlagen eingegangen. Herausgegriffen werden soll an dieser Stelle das folgende Zitat:

„Bezüglich der Aussagekraft und Tragfähigkeit der vorliegenden kleinräumigen Bevölkerungsprognose ist zunächst zu beachten, dass dieser grundsätzlich das Wenn-dann-Prinzip zugrunde liegt. D. h. nur wenn alle getroffenen Annahmen zu Geburten- und Sterberaten, den Wanderungsbewegungen etc. eintreten, wird sich die Bevölkerung in den Gemeinden auch wie errechnet entwickeln.“<sup>99</sup>

Diese Anmerkung ist von besonderer Bedeutung, da zwar die Entwicklung der Geburten- und Sterberaten mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit beschrieben werden können, vor allem wenn man sich im relativ engen Zeitrahmen von rund 20 Jahren bewegt. Schwieriger wird die Situation und damit die Modellbetrachtung für die Regionen, die stärker von (Ab-)Wanderbewegungen betroffen sind. Offensichtlich trifft dies für Teile des analysierten Raumes zu, womit die „Voraussage“ oder besser gesagt, eine Planung schwieriger wird.

Dies zeigt sich auch eindrucksvoll in der kleinräumigen Bevölkerungsprognose, die einerseits die landes- bzw. sogar bundesweit zu beobachtenden Tendenzen widerspiegelt andererseits aber eine sehr inhomogene Entwicklung aufzeigt, an den Stellen, wo die Bevölkerungs(ab)wanderung eine größere Rolle spielt.<sup>100</sup>

Verallgemeinernd und im Rückgriff auf eine weiter oben schon gemachte Anmerkung reicht es eben weder aus, Ost-West- oder Nord-Süd-Gefälle zu betrachten, noch ist die Reduzierung des Phänomens auf ein Stadt-Land-Problem so einfach statthaft. Die Herausforderung steckt eben in der richtigen Einschätzung von Wanderbewegungen – die auch vom Wirtschaftswachstum und Standortentwicklungen abhängig sein dürften, ein nicht ganz einfaches Unterfangen, will man hier verlässliche Aussagen treffen. Ohne den Schlussfolgerungen vorgreifen zu wollen, lässt sich aber festhalten, dass wohl offensichtlich „der eine“ Lösungsansatz für alle Fragen und Problemstellungen nicht ausreichen wird, und dass der lokale von unten nach oben gerichtete Lösungsweg Ziel führend erscheint, was selbstverständlich die Unterstützung und großräumige Betrachtung der nächst höheren Ebenen nicht ausschließt. Im Gegenteil, dies wird nur im Einklang und übergreifend möglich sein.

---

<sup>99</sup> Ebd. S. 11

<sup>100</sup> Vgl. hierzu ebd. S. 18

Da die konkrete Erörterung der Ergebnisse des vorliegenden Berichtes auf den Bereich des Kapitels „Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr“ beschränkt bleibt, nachstehend der Vollständigkeit halber und zum besseren Verständnis die Beschreibung der Ausgangssituation der thematischen Arbeitsgruppe:

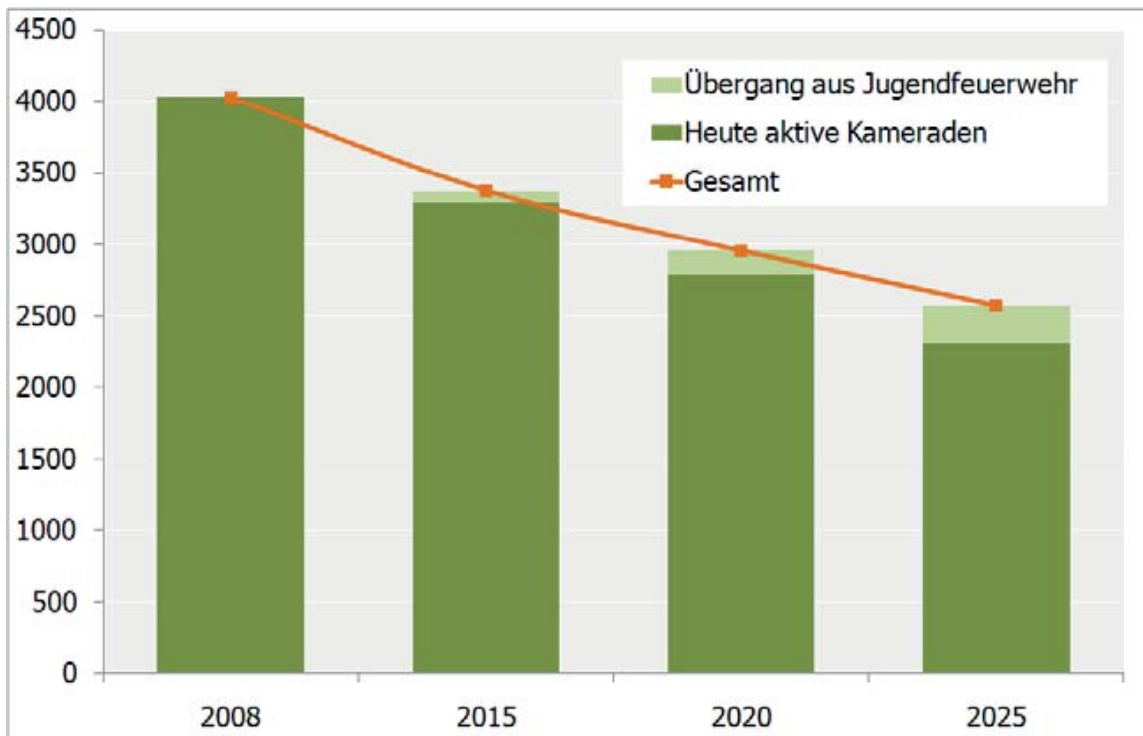
„Vor dem Hintergrund demografischer sowie sozio-ökonomischer Wandlungsprozesse scheint die Sicherstellung eines flächendeckenden Brand-schutzes in der Modellregion immer schwieriger zu werden: Die aktiven Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren altern, während es gleichzeitig aufgrund altersstruktureller Verschiebungen in Folge demografischer Entwicklungsprozesse immer weniger Jugendliche gibt, die für den Eintritt in die aktiven Abteilungen zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass aufgrund sich wandelnder Interessenslagen und einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Möglichkeiten der Freizeitgestaltung das Interesse am Dienst in der Feuerwehr bei vielen Jugendlichen zu sinken scheint. Die Folge sind rückläufige Mitgliederzahlen in den Freiwilligen Wehren.“<sup>101</sup>

Auch hier taucht wieder der Hinweis auf eine sich wandelnde Interessenlage neben alternativen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung auf. Sinkende Mitgliedszahlen oder schwindendes Interesse sind eben nicht nur dem demografischen Wandel zuzuschreiben.

Unbeschadet dieser Feststellung wird aus der folgenden Abbildung eindrucksvoll deutlich wie stark sich die Mitgliederzahlen in der betrachteten Region verändern und welche Herausforderungen damit verbunden sind.

---

<sup>101</sup> Ebd. S. 27



Projektion der Mitgliederzahlen der freiwilligen Feuerwehren<sup>102</sup>

Auch wenn der Fokus dieser Studie auf dem demografischen Wandel und seinen Auswirkungen auf den Bevölkerungsschutz liegt, sei an dieser Stelle angemerkt – und hier wird Bezug genommen auf den Bericht<sup>103</sup> – dass schon heute aufgrund der Schwierigkeiten der Sicherstellung der Tageseinsatzbereitschaft oft mehr als ein Standort alarmiert wird, um die Einsatzfähigkeit und die notwendige Stärke sicherzustellen. Dies ist nicht dem bereits spürbaren demografischen Wandel geschuldet, sondern auch der Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Tatsache, dass Arbeitsort und Wohn- oder Einsatzort häufig nicht identisch sind.

Dies führt dann dazu, dass die Nachbarschaftshilfe, die gewährt wird, den eigenen Einsatzbereich schutzlos macht. Eine Lösung, die so vom Gesetzgeber nicht vorgesehen ist.

Möglicherweise stellt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die höherer Anforderungen an den Arbeitnehmer, insbesondere ein größeres Maß an Flexibilität erfordert, schon jetzt ein viel größeres Problem dar, als der demografische Wandel in 20 Jahren.

<sup>102</sup> Abbildung aus Masterplan Daseinsvorsorge, S. 28

<sup>103</sup> Vgl. ebd. S. 31

Alternativ werden in den beschriebenen Szenarien die Möglichkeiten des Einsatzes von hauptamtlichen Feuerwehrmännern und eine zusätzliche Qualifizierung für bestimmte Schwerpunkte diskutiert – wohlgermerkt dies alles nur, um die bestehenden Mängel zu beseitigen - abgesehen von den für die analysierte Region exorbitant hohen Kosten im zweistelligen Millionenbereich bleibt aber die folgende Anmerkung beeindruckend:

„Die Kombination der Szenarien 3 („Hauptamtliche Kräfte an Schwerpunkt- und Stützpunktfeuerwehren“) und 4 („Qualifizierung“) führt dazu, dass rund 53 % der Bevölkerung in 13 Minuten erreicht werden. Dies ist im Vergleich zum Status Quo eine recht überzeugende Steigerung. Allerdings zwingt der Anteil von etwa 47 % der Bevölkerung, die nicht innerhalb der von der Arbeitsgruppe vorgegebenen Frist erreicht werden, dazu, über weitere Möglichkeiten zur Absenkung der Eintreffzeiten in der Modellregion nachzudenken.“<sup>104</sup>

In all diesen Überlegungen ist die Problematik des demografischen Wandels noch außen vor. Es stellt sich sicherlich die Frage, ob vor dem Hintergrund der sinkenden Mitgliederzahlen überhaupt die Qualifizierungsmaßnahmen für die ehrenamtlichen Feuerwehrleute greifen könnten. Sehr wahrscheinlich wird man darüber hinaus aber auch Schwierigkeiten haben, den Bedarf an hauptamtlichen Kräften zu befriedigen. An dieser Stelle hilft auch die Zielgruppe der Senioren nicht weiter, denn die Qualifizierung für schweren Atemschutz stellt erhebliche Anforderungen an den Gesundheitszustand, insofern kann man eine Anhebung der Altersgrenze eher nicht als Lösungsansatz propagieren.<sup>105</sup>

„Daran zeigt sich, dass es sich bei der Sicherung des Brandschutzes in ländlichstrukturierten, dünn besiedelten Regionen des Landes nicht ausschließlich um ein durch demografische oder wirtschaftsstrukturelle Bedingungen determiniertes Problem handelt, sondern vielmehr Siedlungs- und Standortstruktur mitbestimmend für die Eintreffzeiten an den Siedlungsbereichen dieser Regionen sind. Demografische und ökonomische Aspekte führen zusätzlich dazu, dass es in der Modellregion vor dem Hintergrund der in Kapitel 3.2 geschilderten Rahmenbedingungen (Rückgang der Mitgliederzahlen, berufsbedingte Abwesenheit vom Wohnort) immer schwieriger werden wird, sich diesem „Idealzustand“ der Einsatzbereitschaft anzunähern.“<sup>106</sup>

---

<sup>104</sup> Ebd. S. 55

<sup>105</sup> Selbst das beste denkbar mögliche Szenario bringt nur eine Abdeckung zur Rettung von Menschen bei Bränden in einer Größenordnung von 63 %, setzt man die Frist von 13 Minuten, bei einem zusätzlichen Kostenfaktor von rund 13 Millionen Euro. Vgl. ebd. S. 88.

<sup>106</sup> Ebd. S. 91

Für den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz gelten analoge Aussagen. Offensichtlich ist die Siedlungs- und Standortfrage genauso bedeutsam wie die Frage der demografischen Entwicklung. Es liegt allerdings auf der Hand, dass die Situation insgesamt durch den demografischen Wandel nicht verbessert, sondern eher verschlechtert werden wird, weil weniger Einsatzkräfte, ob nun haupt- oder ehrenamtlich, zur Verfügung stehen.

### **2.3.3 Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement im ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenschutz**

Der DRK-Kreisverband Torgau-Oschatz hat im Rahmen des Bundesprogramms *Toleranz fördern – Kompetenz stärken* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Projekt *Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement im ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenschutz, sowie Rettungswesen* bewilligt bekommen.

Gemeinsam mit dem THW, der Feuerwehr und der Johanniter-Unfall-Hilfe wollte man sich mit der Integration von Migranten beschäftigen. Insbesondere sollen dabei die Führungskräfte der Organisationen angesprochen werden, da ihnen eine besondere Rolle bei der Integration zukommt.

Der Projektplan beschreibt für den Zeitraum August bis Dezember 2011 mindestens sechs Workshops und eine Ergebniskonferenz, die dazu dienen sollten durch den Gedankenaustausch und die gemeinsamen Diskussionen einerseits ein besseres Verständnis für die Problematik zu schaffen und andererseits damit zur Öffnung der beteiligten Organisationen auch für Migranten beizutragen.

Die Veranstaltungen sahen bewusst eine aktive Teilnahme von Migranten vor, um das System des deutschen Bevölkerungsschutzes bei Menschen aus anderen Kulturkreisen bekannt zu machen.

Die Ergebnisse sind u.a. in einer Broschüre „Integration im ehrenamtlichen Rettungswesen“ Handbuch und Ergebnisdarstellung Projekt 2011 zusammengestellt.

Im Rahmen der durchgeführten Teilnehmerbefragung wurde deutlich, dass:



„Für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit...[U.C.] unterschiedliche Motivationen dargestellt werden. Für die Befragten waren neben der Kommunikation und Integration (gemeinschaftsbezogene Aspekte), der Selbstverwirklichung (entwicklungsbezogene Gründe) vor allem die Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung (Altruismus) sehr wichtig. Neben der Motivation zur Aufnahme eines Ehrenamtes ist dessen Anerkennung notwendige Voraussetzung für das Aufrechterhalten dieser Tätigkeit.“<sup>107</sup>

In der Ergebnisdarstellung wird auch explizit auf die Notwendigkeit hingewiesen, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und parallel dazu Vorurteilen entgegenzutreten.

Interessant sind die konkreten Praxistipps die im Folgenden nur exemplarisch zitiert werden:

„ Klare Stellung beziehen gegen Gewalt und Ausgrenzung, Beleidigung und Provokation als Gewalt bezeichnen und verbieten.  
Ansage an die Gruppen machen: „Wir sind ein Team“

Zu Vereinsmitgliedern mit Sprachschwierigkeiten klar und deutlich sprechen, Sprachpartner als Hilfe und Ansprechpartner zur Seite stellen.“<sup>108</sup>

Zusammenfassend könnte man sagen, dass letztlich für die Mitwirkung im Ehrenamt offensichtlich keine anderen Regeln aufgestellt werden müssen, als die, die ohnehin schon in der Gesellschaft gelten (oder gelten sollten). Vielleicht lassen sie sich aber in der Zusammenarbeit, im gemeinsamen Einsatz besser realisieren, da gemeinsame Ziele schon immer zusammengeschweißt haben. Letztlich bleibt, dass die Mitarbeit im Ehrenamt eine gute Option ist, Integration zu leben und in vielfältiger Weise auch als Kristallisationspunkt nach außen zu wirken.

---

<sup>107</sup> DRK Kreisverband Torgau-Oschatz e.V., „Integration im ehrenamtlichen Rettungswesen“, Handbuch und Ergebnisdarstellung, Projekt 2011

<sup>108</sup> Ebd.

### 2.3.4 Ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz<sup>109</sup>

Im Rahmen des vom BMBF geförderten Forschungsprojektes „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen“ (PRI-KATS) hat die Universität Witten/Herdecke forsa mit einer repräsentativen Befragung zum Thema „Ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz beauftragt.

„Ziel der Untersuchung war es, Aufschluss darüber zu bekommen, in welchen Bereichen die Befragten ehrenamtlich tätig sind, welche Motivation sie haben, sich in den jeweiligen Bereichen zu engagieren und über welchen Bekanntheitsgrad die Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz verfügen.

Des Weiteren sollten Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Anreize es für ein ehrenamtliches Engagement geben könnte und wie hoch die Bereitschaft der Bevölkerung ist, selbst im Zivil- und Katastrophenschutz tätig zu werden.“<sup>110</sup>

Auf die entsprechende Frage gaben 4 % der Befragten an im Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz ehrenamtlich tätig zu sein. 44 % gaben an, nicht ehrenamtlich tätig zu sein.<sup>111</sup>

Der Wert von rund 4 % scheint über die Jahre hinweg grundsätzlich relativ konstant zu sein. Im Freiwilligensurvey sind für 1999 und 2004 jeweils 5% und für 2009 6% für den Bereich Rettungsdienst und freiwillige Feuerwehr genannt.<sup>112</sup>

Betrachtet man die Verteilung auf die im Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz tätigen Organisationen, so fällt auf, dass mit Abstand die meisten Ehrenamtlichen in der Freiwilligen Feuerwehr mitwirken, gefolgt – wenn auch mit erheblichem Abstand – vom Deutschen Roten Kreuz.<sup>113</sup>

Dies korreliert mit den Angaben der Gründe für die Auswahl der Organisation, hier wird als der wesentliche Grund die Tradition genannt, „dies war schon immer im Dorf üblich, oder jeder war schon seit der Kindheit in der Organisation tätig.“

---

<sup>109</sup> Ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz; Befragung forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag der Universität Witten/Herdecke, innerhalb des BMBF geförderten Forschungsprojektes „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen“ (PRI-KATS), Dezember 2011 (Kurzfassung)

<sup>110</sup> Ebd. S. 3

<sup>111</sup> Ebd. S. 4

<sup>112</sup> Hauptbericht des Freiwilligensurveys, BMFSFJ, 2009, Grafik B 2

<sup>113</sup> Vgl. ebd. S. 5

Diese Aussagen sind interessant, da sie offensichtlich nicht ganz in Einklang zu bringen sind mit den Erfahrungen, die über das „neue Ehrenamt“ berichten und eine langjährige Zugehörigkeit zu einer Organisation eher dem „alten Ehrenamt“ zuordnen. Man kann zum Beispiel die Frage stellen, ob sich denn im Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz eher die Traditionalisten engagieren, was eine Verbindung zum „alten Ehrenamt“ erklären könnte. Für die Betrachtung der Auswirkungen des demografischen Wandels eine nicht unerhebliche Frage, müsste man doch die Ansprache von entsprechend interessierten Personengruppen anders gestalten.

Wie schon in früheren Kapiteln angemerkt, ist offensichtlich die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt ein wesentlicher Faktor. Die Begründung dafür, sich nicht ehrenamtlich zu betätigen, ist bei 71 % die Tatsache, dass sie keine Zeit haben.<sup>114</sup>

Sich nicht binden zu wollen oder keine Verpflichtung eingehen zu wollen, führen nur 9 Prozent als Begründung an. Auch hier könnte man kritisch hinterfragen, wie es denn mit den Argumenten für ein „neues Ehrenamt“ aussieht, das nach Einschätzung der Experten gewählt wird, weil man eben keine Bindung an eine Organisation will oder sich nicht über einen längeren Zeitraum festlegen möchte. Offensichtlich ist auch in diesem Bereich die Antwort oder der Grund für die Entscheidung in die eine oder andere Richtung nicht unbedingt monokausal.

Vorsicht ist geboten bei der Interpretation der Antworten zum Fragenkomplex *Mögliche Anreize für ein Engagement im Katastrophenschutz*. Hier heißt es:

„Diejenigen, die sich bereits im Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz engagieren, sind der Meinung, dass man weitere Personen für eine ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich insbesondere durch die ideelle Motivation, da man sich für eine gute Sache engagiert, begeistern könnte.“<sup>115</sup>

Diejenigen, die schon ehrenamtlich tätig sind, und dies erklärtermaßen überwiegend aus ideellen Gründen tun, könnten natürlich zu dem Schluss neigen, dass andere eine ähnliche Motivationslage haben. Betrachtet man den zweiten Fragenkomplex *Anreize für eine Mitarbeit im Katastrophenschutz* in diesem Abschnitt, so wird deutlich, dass in der Tendenz diejenigen, die noch nicht ehrenamtlich im Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz tätig sind auch ideelle Anreize als Motivationsgrund für eine zukünftige

---

<sup>114</sup> Vgl. ebd. S. 7

<sup>115</sup> Ebd. S. 8

Mitarbeit angeben. Die Differenz von 64 zu 46 Prozent ist aber nicht unerheblich. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Betrachtung des Faktors Information über die Institutionen und die ehrenamtliche Tätigkeit. Von den bereits Tätigen führen diesen Grund 62 Prozent an, von denen, die noch nicht ehrenamtlich tätig sind, wird dieser Beweggrund nur von 24 Prozent angeführt.

Man könnte hieraus schlussfolgern, dass die Informationspolitik der Institutionen und Organisationen wohl eher von denen als unzureichend angesehen wird, die schon in der Organisation / Institution tätig sind, was wiederum für eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Informationsfluss und dem Umgang mit den ehrenamtlich Tätigen sprechen könnte.

Die Frage nach dem Bekanntheitsgrad von Organisationen richtet sich an die Klientel der noch nicht Tätigen. Das Deutsche Rote Kreuz hat nach wie vor einen hohen Bekanntheitsgrad (42%) und führt die Skala an, gefolgt vom Technischen Hilfswerk (38%) und den Feuerwehren (28%).<sup>116</sup>

Bemerkenswerter ist, dass für 22 Prozent, also rund ein Fünftel der Befragten ein Engagement in keiner der genannten Organisationen in Frage kommt.

Interessant wäre an dieser Stelle vielleicht eine offene Fragestellung gewesen, welche Organisationen den Befragten denn bekannt seien. Dies würde unter Umständen Rückschlüsse auf die Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Institutionen und Organisationen zulassen. Dass Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk und Feuerwehren – und dann auch noch in dieser Reihenfolge – für den Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz genannt werden, liegt in einem gewissen Maße in der Natur der Dinge.

Der Abschnitt *Bereitschaft für spontane Mithilfe im Katastrophenfall* der forsa Untersuchung macht einmal mehr deutlich, dass eine Vielzahl von Bürgern bereit ist, sich im Schadensfall spontan ehrenamtlich zu engagieren. 45 Prozent derjenigen, die sich nicht im Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz engagieren wären bereit dies in einem Katastrophenfall spontan zu tun.<sup>117</sup>

---

<sup>116</sup> Ebd. S. 10

<sup>117</sup> Ebd. S. 12

In diesem Kontext sind Initiativen interessant, die Systeme anbieten, spontane Helfer im Bedarfsfall in die Strukturen des Bevölkerungsschutzes zu integrieren. Das Österreichische Rote Kreuz hat hier zusammen mit dem Radio ein Projekt entwickelt, in dem genau dies geschieht.

Zwischenzeitlich hat der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Deutschen Roten Kreuzes diese Initiative mit großem Erfolg auch für Mecklenburg umgesetzt (in Zusammenarbeit mit dem Nordmagazin und dem NDR 1).

Auf der Webseite heißt es:

„Das Team MV besteht aus Menschen, die anpacken wollen, wenn in ihrer Nachbarschaft Hilfe gebraucht wird. Dabei kann es eine Katastrophe oder ein größeres Unglück sein, dass die Hilfe des Team MV erforderlich macht. Hierfür haben sich der NDR und das Deutsche Rote Kreuz zusammengetan und das Team MV gegründet.“<sup>118</sup>

Diese Ergebnisse und Erfahrungen unterstreichen einmal mehr, dass die Bürger sich nicht nur in Form der organisierten Hilfe einbringen, sondern dass viele auch spontan zur Hilfeleistung, zum bürgerschaftlichen Engagement bereit sind. Möglicherweise ließe sich der Anteil noch steigern, denn immerhin 6 % der in dieser Gruppe Befragten geben an, dass sie helfen würden, wenn Sie eine Ausbildung / Schulung erhalten hätten.

Nur 18 % wären absolut nicht bereit zu helfen. Katastrophen im direkten Umfeld der Betroffenen oder Notsituationen würden die Hilfsbereitschaft signifikant erhöhen, zumindest bei denen, die unter bestimmten Umständen zur Hilfe bereit wären.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch eine bessere Information, das Angebot von geeigneter Ausbildung und durch die Schaffung von ideellen Anreizen die Zahl der Hilfwilligen noch erhöhen ließe. Auch hier spielt – nicht verwunderlich – die Vereinbarkeit von Hilfeleistung und Familie und Beruf eine große Rolle.

---

<sup>118</sup> <http://team-mv.info/faq.html>; aufgerufen 16.08.2012

### 2.3.5 DRK / EMNID Studie

Anlässlich seines Kongresses zum Ehrenamt im Oktober 2011 stellte das Deutsche Rote Kreuz die Ergebnisse einer Studie von tns emnid vor, die sich mit der Grundfrage „Wie viele und welche Menschen sind offen für ein ehrenamtliches Engagement?“ beschäftigte. Vom 12. bis zum 13. Oktober 2012 wurden insgesamt 1005 Personen befragt.

Primärer Hintergrund für die Umfrage war der Wegfall des Zivildienstes, allerdings bietet die Umfrage auch Hilfestellung, wie angesichts der Auswirkungen des demografischen Wandels eine größere Bindung der Helfer an die Organisation erfolgen und eine größere Zahl von Ehrenamtlichen für den Dienst gewonnen werden könnte.

Als Kurzergebnis der Studie kann man zusammenfassen: Bildung, Wohlstand und Familienbande fördern das ehrenamtliche Engagement. Wem es selber nicht gut geht, kann auch anderen weniger helfen. Die Vizepräsidentin des DRK-Landesverbandes Westfalen-Lippe merkte anlässlich des Kongress in Münster an:

24 % der Befragten gaben an, zurzeit ein Ehrenamt auszuüben.<sup>119</sup>

Der Prozentsatz derjenigen, die sich ein ehrenamtliches Engagement vorstellen könnten, liegt ebenfalls bei 24 %.<sup>120</sup>

Offensichtlich besteht eine Korrelation zwischen dem Bildungsniveau und der Bereitschaft, ein Ehrenamt auszuüben. Grundsätzlich ist zwar ein hoher Prozentsatz der Schüler bereit, sich auch ehrenamtlich zu betätigen (28 % sind ehrenamtlich tätig, 35 % würden tätig werden), allerdings nimmt ansonsten die Bereitschaft zum Ehrenamt mit höherem Bildungsniveau zu. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Zahl von 71 Prozent der Befragten ohne Schulabschluss und ohne Lehre, die es sich nicht vorstellen können, ehrenamtlich tätig zu werden.<sup>121</sup>

---

<sup>119</sup> Die Tatsache, dass in anderen Studien (zum Beispiel Freiwilligensurvey) andere Prozentzahlen auftauchen, erklärt sich aus der Fragestellung. Bei der vom DRK in Auftrag gegebenen Studie aus der das Zitat stammt wurde eine sehr enge Definition des Ehrenamtes vorgegeben. Allgemeines soziales und gesellschaftspolitisches Engagement wurde von der Fragestellung nicht erfasst.)

<sup>120</sup> tns emnid Studie; Befragungszeitraum 12.10.-13.10.2011; Tabelle 1: Ausübung eines Ehrenamtes

<sup>121</sup> Ebd. Tabelle 1, Schulbildung der Befragten

Schon zum jetzigen Zeitpunkt sind knapp ein Drittel der Befragten, die ehrenamtlich tätig sind, über 60 Jahre alt; zusammen mit der Gruppe der 50 – 59 Jährigen ergibt sich ein Anteil von rund 45 % der Befragten. Allerdings ist hier auch anzumerken, dass 60 Prozent oder 45 Prozent aus diesen Gruppen weder ehrenamtlich tätig sind, noch sich dieses vorstellen können.

Die grundsätzlich kritische Frage ist die, wie diejenigen motiviert werden können, die sich eine ehrenamtliche Tätigkeit vorstellen können. Hier ist eindeutig festzustellen, dass ein überwältigender Anteil (79%) sich eine direkte Ansprache wünschen würde, gefolgt von den Anmerkungen zur zeitlichen Vereinbarkeit (73%) oder der finanziellen Machbarkeit (61%).

Interessanterweise würden sich 52 Prozent der Befragten (aus der Selektion) motivieren lassen wenn es Steuererleichterungen gäbe. Andere Auszeichnungen und Vergünstigungen wären für jeweils 36 Prozent ausschlaggebend. Ein relativ hoher Anteil, wobei man berücksichtigen muss, dass in dieser Spalte Mehrfachnennungen möglich waren.

Die tns emnid Studie bietet interessante Ergebnisse. Positiv ist, dass das Potenzial der zu Motivierenden etwa gleich groß ist, wie die Zahl derjenigen, die sich schon ehrenamtlich betätigen. Würde man hier alle Möglichkeiten ausschöpfen, käme man knapp an die Grenze von 50 Prozent der Bundesbürger. Offensichtlich muss man sich Ehrenamt auch finanziell leisten können und steuerliche Erleichterungen würden daher zur Motivation für ein Ehrenamt beitragen. Kritisch hinterfragt werden muss, warum die Zahl derjenigen so groß ist, die im fortgeschrittenen Alter nicht bereit wären, ein Ehrenamt auszuüben. Interessanterweise ist der Anteil von Männer und Frauen, die ein Ehrenamt ausüben, in der Befragtenklientel nahezu gleich groß.

### 2.3.6 Sicherstellung des Brandschutzes unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels<sup>122</sup>

Im Vorwort des Niedersächsischen Innenministers zum Abschlussbericht heißt es:

„Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat frühzeitig agiert und im August 2008 eine Projektgruppe zum Thema: „Sicherung des Brandschutzes in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels“ eingesetzt. Der vorliegende Abschlussbericht stellt die Bezüge zum demografischen Wandel für die Niedersächsischen Feuerwehren her, zeigt konkrete Umsetzungsmaßnahmen auf und liefert Handlungsempfehlungen.“<sup>123</sup>

Eingangs und einschränkend muss an dieser Stelle angemerkt werden, wie es in einem Hinweis im Abschlussbericht ausdrücklich heißt,

„Der Inhalt dieses Berichtes stellt die Sichtweise der in den Projekt- und Arbeitsgruppen mitwirkenden Vertreter der Verbände, Institutionen, Organisationen, Berufsvertretungen und Behörden dar.“<sup>124</sup>

Es handelt sich bei dem vorliegenden Bericht nicht um eine Studie im streng wissenschaftlichen Sinne. Der Bericht wurde dennoch in die Auflistung und in die Analyse aufgenommen, weil er konkret am Beispiel des Landes Niedersachsen und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den demografischen Wandel Zukunftsperspektiven und Lösungsansätze aufzeigt.

Die Problemlage für Niedersachsen wird wie folgt beschrieben:

„Für das Land Niedersachsen werden die folgenden Auswirkungen seitens des Landesamtes für Statistik und Kommunikation Niedersachsen gesehen:

- Es erfolgt ein Bevölkerungsrückgang in Niedersachsen von 7,98 Mio. Einwohnern im Jahre 2007 auf 6,55 bis 6,93 Mio. im Jahr 2050, das entspricht einer Verringerung der Einwohnerzahl um 13 bis 18%.

- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen wird erheblich weniger werden. Die Bevölkerungszahl in der Altersgruppe der unter 20-Jährigen im Jahr 2050 im Vergleich zum Jahr 2007 verringert sich um 39%.

- Es erfolgt eine Verringerung der Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren um 28% bis zum Jahr 2050 in Verbindung mit einer erheblichen Überalterung dieser Altersgruppe.

---

<sup>122</sup> Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Sicherstellung des Brandschutzes unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels, Abschlussbericht der im August 2008 eingesetzten Projektgruppe

<sup>123</sup> Ebd. Vorwort

<sup>124</sup> Ebd. S. 10



- Der auf Landesebene festgestellte Trend kann nicht auf kleinere regionale Einheiten übernommen werden, da die Bevölkerungsentwicklung regional sehr uneinheitlich verläuft. Insbesondere die kreisfreien Städte und die Landkreise im Süden Niedersachsens sollten jedoch von einer Abnahme der Bevölkerungszahlen ausgehen.

- Eine fortschreitende Internationalisierung und Heterogenisierung der Wohnbevölkerung nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Sprache oder ihrem Bildungsstand durch Migrationsgewinne wird in Zukunft auch bei rückläufigen Wanderungsüberschüssen aus dem Ausland weiter an Bedeutung gewinnen.“<sup>125</sup>

In den weiteren Ausführungen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass neben dem demografischen Wandel auch die Abkömmlichkeit vom Arbeitsplatz oder die Verfügbarkeit der Helfer in der Freiwilligen Feuerwehr geringer wird. Zusätzlich werden auch die Anforderungen höher werden, was wiederum nicht durch den demografischen Wandel verursacht, durch ihn aber verschärft wird. Die Altersgrenze für den aktiven Dienst kann nicht einfach nach oben gesetzt werden, weil bestimmte Anforderungen eben im Alter nicht mehr erfüllbar sind.

Besonders hervorgehoben werden neben den steigenden Anforderungen durch den erhöhten Grad an Technisierung auch besondere Herausforderungen, die sich aus der Durchmischung der Bevölkerung und dem wahrscheinlich erhöhten Anteil von Betroffenen mit Migrationshintergrund ergeben werden.

Ansonsten decken sich die beschriebenen Problemfelder weitestgehend mit den schon in der Diplomarbeit von Barbara Metzmann beschriebenen.<sup>126</sup>

In den Handlungsfeldern wird explizit die Förderung des Ehrenamtes angesprochen und es werden Alternativen hierzu dargestellt. Interessant ist, dass an erster Stelle – der exemplarischen Auflistung von konkreten Maßnahmen – die Novellierung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) steht. Begründet wird dies mit der Schaffung von organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen und als Beispiele hierzu werden angeführt: Doppelmitgliedschaft, Unvereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt, Kinderfeuerwehren.

---

<sup>125</sup> Ebd. S. 11

<sup>126</sup> Vgl. ebd. S. 12

Im Weiteren wird eine gegenseitige Anerkennung von in Beruf und Feuerwehr erworbenen Ausbildungen und Qualifikationen gefordert, sowie die Einführung eines Dienstausweises mit Chipkarte, um eine zeitgemäße und attraktive Form eines Berechtigungsausweises, insbesondere für junge Menschen, zu etablieren.<sup>127</sup>

Die Verfolgung dieses Ansatzes und eine entsprechende Bevölkerungsbefragung, ob denn ein derartiger Ausweis wirklich gerade in der Jugend das Engagement verstärken würde, wäre sicherlich interessant. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss man sich gerade an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass die Zahl der Jugendlichen in den kommenden Jahren erheblich abnehmen wird und insofern ein „Wettbewerb“ um diese Klientel einsetzen könnte.

Die genannten Optionen berücksichtigen nicht die Erhöhung des Frauenanteils. Auch die Herausforderung, sinnstiftende Aufgaben für die älteren Mitbürger zu finden, wird hier nicht angenommen.

Ein weiteres Kapitel ist der Nachwuchsgewinnung durch die Einrichtung von Kinder- und Jugendfeuerwehren gewidmet – auch wenn man sich offensichtlich darüber im Klaren ist, dass dies das Problem der sich ändernden Mitgliedszahlen nicht lösen kann. Gerade in diesem Kapitel werden dann auch „unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen“ als Zielgruppe identifiziert, ohne jedoch spezifisch darauf einzugehen, welche Gruppen man damit meint oder wie man diese motivieren könnte.<sup>128</sup>

Obwohl der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in bestimmten Altersgruppen schon rund 23% beträgt,<sup>129</sup> gibt es über die Mitwirkung in der Feuerwehr keine Statistik, die aussagekräftige Zahlen zum Anteil dieser Bevölkerungsgruppe liefern würde.

Im weiteren Verlauf des Berichtes wird dann auf die Notwendigkeit geeigneter Öffentlichkeitsarbeit, aber auch in einem besonderen Schwerpunkt auf Fragen der angemessenen Finanzierung eingegangen. Insbesondere die Finanzierung ist ein Thema, das in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung ist. Einerseits lässt sich nur mit den notwendigen Geldmitteln die qualitativ und quantitativ richtige Ausstattung vorhalten, anderer-

---

<sup>127</sup> Vgl. hierzu ebd. S. 14

<sup>128</sup> Vgl. ebd. S. 15

seits ist man sich darüber im Klaren, dass der Aus- und Fortbildung der Helfer nicht nur in den Feuerwehren, sondern allgemein im Zivil- und Katastrophenschutz eine besondere Bedeutung zukommt.

Auf Seite 19 des Berichtes heißt es:

„Die Feuerwehren waren schon immer ein Abbild des Bevölkerungsquerschnittes.“

Diese Aussage ist zweifelhaft. Bisher sind zumindest die Frauen in der Feuerwehr deutlich unterrepräsentiert und die allgemein in der Bevölkerung spür- und sichtbare Tendenz in Richtung einer „Gleichstellung“ ist so nicht unbedingt für die Feuerwehr nachvollziehbar. Analog könnte man diese Aussage auch für die Gruppe der Migranten hinterfragen. Ebenfalls an dieser Stelle des Berichtes wird ausgeführt:

„Bereits ab dem Jahre 2011 muss daher mit signifikanten Einbrüchen bei der Gewinnung des Nachwuchses für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz gerechnet werden.“<sup>130</sup>

Man könnte an dieser Stelle den Eindruck bekommen, der demografische Wandel mit all seinen Auswirkungen sei plötzlich über die Feuerwehren und den Katastrophenschutz gekommen. Sicher ist, dass der demografische Wandel kein neues Phänomen ist, allerdings sind die Auswirkungen im Augenblick so dramatisch noch in keinem anderen Bericht und in keiner anderen Studie dargestellt worden.

Interessant sind die Anmerkungen zu einer *Feuerwehrrente*, die offensichtlich, so der Bericht, in Thüringen und Sachsen-Anhalt bereits eingeführt worden ist:

„Eine in den Feuerwehren und im politischen Raum viel diskutierte und in den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt bereits eingeführte zentrale Fördermaßnahme für das Ehrenamt im Feuerwesen ist die so genannte Feuerwehrrente.“<sup>131</sup>

Der Niedersächsische Landtag hat die Einführung einer derartigen Rente abgelehnt.<sup>132</sup> Die Gründe hierfür lagen nicht nur in der Höhe der Kosten und der mangelhaften Darstellung einer Finanzierung begründet, sondern auch darin, dass man die Wirksamkeit

---

<sup>129</sup> Ebd. S. 15

<sup>130</sup> Ebd. S. 19

<sup>131</sup> Ebd. S. 69

<sup>132</sup> Vgl.ebd. S.71

einer derartigen Maßnahme in Frage gestellt hat. Es wurde angemerkt, dass die Rente allein sicher nicht zu einer wesentlichen Veränderung im ehrenamtlichen Engagement führen würde.

Wenn an dieser Stelle ausdrücklich der Terminus „Feuerwehrrente“ gebraucht wird, muss man sich natürlich auch fragen, ob denn die Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz „Helfer zweiter Klasse“ sind. Die Probleme, die sich aus und durch den demografischen Wandel ergeben, sind in diesem Bereich die gleichen – ob dem Gesamtsystem damit geholfen wird, eine besondere Betrachtung der Feuerwehren durchzuführen, erscheint zumindest einer genaueren Erörterung wert.

### **3. Schlussfolgerungen und Empfehlungen:**

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen werden oft auf die Tatsache einer Überalterung der Gesellschaft reduziert.

Bei der Beschäftigung mit den statistischen Angaben, den politischen Positionsbeschreibungen und den direkt relevanten Studien zum demografischen Wandel und seinen Auswirkungen auf das Ehrenamt fielen zwei Fakten immer wieder auf:

Erstens ist es mehr als verwunderlich, dass die Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel erst in den letzten Jahren Fahrt aufgenommen hat, obwohl, wie schon an anderer Stelle konkret angemerkt und auch aus den Unterlagen des Statistischen Bundesamtes ersichtlich, die Geburtenzahlen schon seit praktisch vier Dekaden sinken. Im gleichen Kontext ist es verwunderlich, dass das Thema der Migration eigentlich gar nicht als Chance, sondern sehr häufig nur unter negativen Vorzeichen gesehen und für die Bundesrepublik Probleme mit einer multikulturellen Gesellschaft vorausgesagt werden. Nirgendwo scheint die große Chance aufgegriffen zu werden, ehrenamtliches Engagement auch als Mittel zur Integration zu nutzen. In Organisationen wird dies mittlerweile im Sinne einer interkulturellen Öffnung propagiert und protegert. Möglicherweise bedarf es hier aber auch noch einer Vertiefung des Verständnisses für andere Kulturen bei den Führungskräften und Entscheidungsträgern vor Ort.

Gleichstellung zwischen Männern und Frauen im Bevölkerungsschutz ist offensichtlich ebenfalls ein Themenkomplex, mit dem sich die Akteure des Zivil- und Katastrophenschutz nach wie vor schwer tun.

Die Veränderungen in der Alterpyramide werden nur sehr einseitig gesehen. Es ist letztendlich Tatsache, dass „dem Leben nicht nur mehr Jahre, sondern auch den Jahren mehr Leben“ gegeben werden und die „jungen Alten“ eben mehr leisten können und auch mehr leisten wollen.

Wie man allerdings Senioren verstärkt einbeziehen will, bleibt letztlich unklar. Denn gerade im Zivil- und Katastrophenschutz wird man sich Modelle überlegen müssen, die der anderen Leistungsfähigkeit von Senioren Rechnung trägt.

Der zweite auffällige Themenkomplex ist die Tatsache, dass die Prognosen zum demografischen Wandel durchaus unterschiedlich aussehen, abhängig davon, welche Parameter man zugrunde legt, dies aber nicht immer allen bewusst ist. Fortschreibungen für die nächsten 10 bis 20 Jahre befinden sich noch in einem Zeitrahmen, der überschaubar ist und mit einer größeren Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden kann. Betrachtungen der Zeiträume, die 40 oder 50 Jahre vor uns liegen, kommen mit einer erheblichen Varianz in der Betrachtung daher. Global oder national mag es hierzu noch Aussagen geben, die an die Realität herankommen, kleinräumig gesehen – und hier muss die Planung für einen vernünftigen Bevölkerungsschutz (auch) ansetzen – sind die Modelle mit Vorsicht zu genießen.

Beispielhaft seien hier die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Bonn-Berlin-Umzug der Regierung angeführt. Weder ist in Bonn der „erwartete“ Einbruch bei den Bevölkerungszahlen zu verzeichnen, noch hat Berlin den erwarteten und / oder erwünschten Zuzug zu verzeichnen gehabt. Entwicklungen im Ruhrgebiet waren vor 50 Jahren ebenso wenig voraussehbar, wie die Entvölkerung in anderen Teilen der Bundesrepublik.

Der demografische Wandel ist sicherlich eine Herausforderung, er kann aber auch eine Chance darstellen, eingefahrene Pfade zu verlassen und durch eine Neuausrichtung bisher unerschlossene Ressourcen zugänglich zu machen, die Effizienz im System des Bevölkerungsschutzes zu steigern und so zum Gemeinwohl beitragen. Zum Schrecken wird der demografische Wandel allenfalls, wenn man weiterhin die Konsequenzen ignoriert oder sich in endlosen Diskussionen und Allgemeinplätzen verliert.

### **3.1 Betrachtungen von Verallgemeinerungen und Handlungsempfehlungen in den Studien**

Unstrittig ist, analysiert man die Entwicklung der Bevölkerung in den kommenden Jahren, dass man sich verstärkt mit den Gruppen auseinandersetzen muss, die in der demografischen Betrachtung immer mehr in den Vordergrund treten: Den Frauen, den Migranten und den Senioren kommt immer größere Bedeutung zu.

Wenn der Zivil- und Katastrophenschutz ein Spiegel der Bevölkerung ist oder sein soll, dann drängt sich dies bei Betrachtung der Bevölkerungspyramide geradezu auf. Nennenswerte Zuwächse oder Kompensationen sind nur durch diese Klientel möglich.

Offensichtlich ist auch, dass der Konkurrenzdruck zunehmen wird. Mehr Möglichkeiten der Freizeitgestaltung konkurrieren mit der ehrenamtlichen Tätigkeit im Bevölkerungsschutz. Insofern sind Anmerkungen, dass das Ehrenamt gefördert und Anreize zur Mitarbeit geschaffen werden müssen, richtig. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit sich durch Ehrungen und materielle, finanzielle Anreize hier eine Veränderung schaffen lässt. Zielgerichtet im Sinne der Ansprache der oben genannten Zielgruppen ist dieses Vorgehen nur bedingt und bei Betrachtung der statistischen Umfragen ist mehr als deutlich geworden, dass es mehr die ideellen Werte sind, die eine Mitarbeit, ein bürgerschaftliches Engagement forcieren.

Eine Förderung des Ehrenamtes kann durch die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen Beruf, Familie und Ehrenamt erreicht werden. Dies beinhaltet unterschiedliche Facetten. Einerseits muss man ehrenamtlich tätig sein können, ohne dabei Angst um seinen Arbeitsplatz haben zu müssen. Hier geht es nicht nur um einschlägige gesetzliche Regelungen, sondern vielmehr um die Anerkennung der Kultur des ehrenamtlichen Engagements. Ehrenamt muss – auch im Auge der Arbeitgeber – wieder etwas wert sein und ehrenamtliche Tätigkeiten müssen bei Bewerbungen – um Praktika, Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplätze – wirklich positiv in die Waagschale fallen, weil sie eben auch ein Zeichen für eine soziale Kompetenz sind, die immer wichtiger wird. Dies leitet über zu den wechselseitigen Anerkennungen von Fertigkeiten und Fähigkeiten. Im Beruf Erlerntes muss im Ehrenamt und im Ehrenamt Erlerntes muss im Beruf anerkannt werden, dann hätte man ein Ehrenamt, das nicht nur die Ehre, sondern auch die Anerkennung für handfestes Wissen und Können mit sich bringt.

Wandel von „altem“ zu „neuem“ Ehrenamt, oder von „altem“ neben „neuem“ Ehrenamt, bedeutet aber auch, dass nicht nur die politischen Entscheidungsträger, sondern auch die Organisationen, Institutionen und Verbände gefordert sind. Neben den traditionellen Organisationsformen sollte Raum für ein neues Miteinander, ein neues Engagement sein. Ein Engagement, das zwar geprägt ist von einer möglicherweise nur kurzfristigen Mitwirkung, das aber ebenso wirksam, weil Nischen füllend, sein kann.

Schlussendlich bleibt die Motivation zur „Organisation der Selbsthilfe“. Betrachtet man die Entwicklung der Zukunft, so wird aus den unterschiedlichsten Gründe, wie zum Beispiel der Urbanisierung, der Entvölkerung von Landstrichen, oder auch der Überalterung von Wohnräumen die Notwendigkeit zu einer größeren Selbsthilfefähigkeit gegeben sein. Ob dies durch eine verstärkte Nutzung des „Helfers vor Ort“ oder durch den Zusammenschluss von Gruppierungen vor Ort, die sich selber organisieren oder den Einzelnen im Fall der Fälle unterstützen können, geschehen soll oder kann, wird man sehen müssen.

Um in den genannten Bereichen Veränderungen zu erzielen, müssen alle – politische Verantwortungs- und Entscheidungsträger auf allen Ebenen, ebenso wie die Organisationen, Institutionen und Einrichtungen – zusammenarbeiten. Bürgergesellschaft funktioniert nur, wenn der Bürger sich in derselben wiedererkennt und das Gefühl hat durch seinen Einsatz zur Verbesserung des Gemeinwohls beizutragen. Ehrenamtliches Engagement darf dabei aber nicht auf eine „Lückenbüßer-Funktion“ reduziert werden.

### **3.1.1 Weiterer Forschungs- / Studienbedarf**

**Abgeleitet aus den oben dargestellten Untersuchungen ergibt sich weiterer Forschungs- oder Studienbedarf in den folgenden Feldern:**

#### A) Neues Ehrenamt und Selbsthilfefähigkeit

Der Gedanke des „neuen“ Ehrenamtes, also die kurzfristige, nicht zwingend an eine Organisation gebundene, freiwillig und ehrenamtlich erbrachte Arbeit mit einem starken lokalen Bezug, scheint immer wieder in den betrachteten Unterlagen auf.

Dazu kommt die Erkenntnis, dass die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement in den letzten 10 Jahren eher angestiegen ist, und die Potenziale noch nicht vollständig ausgeschöpft sind.

Tendenzen und Hintergründe, die eine verstärkte Mitgestaltung des Bevölkerungsschutzes im Sinne des Selbstschutzgedankens, einer Verstärkung der Selbsthilfefähig-

keit stimulieren könnten sind in diesem Kontext der Bereitschaft und des „neuen Ehrenamtes“ noch nicht ausreichend untersucht. Unterstellt man, dass auch aufgrund der sich räumlich unterschiedlich entwickelnden Bevölkerungsdichten und Strukturen Defizite in der „institutionell“ zur Verfügung gestellten Hilfe ergeben werden, so ist eine nähere Betrachtung erforderlich.

### B) Zielgruppen

Grundsätzlich besteht wohl Einigkeit – die Anmerkungen hierzu decken sich in allen Unterlagen –, dass für zukünftige Überlegungen in Bezug auf ehrenamtliches Engagement aufgrund des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen ein Fokus auf die Zielgruppen der Frauen, Migranten und Senioren zu legen sein wird. Das BBK hat hierzu bereits erste Kurzstudien in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse noch 2012 vorliegen werden.

Wichtig wäre in dieser Betrachtung die Beweggründe für eine Mitarbeit und die Motivation für ein mögliches längerfristiges Engagement zu analysieren. Dies sollte zielgruppenspezifisch erfolgen. Allgemeiner, weil auch übergreifender, könnte man formulieren, dass das Personalmanagement verbessert werden müsste. Konkrete, nachvollziehbare und umsetzbare Handlungsvorschläge wären hier sicher für alle Entscheidungsträger hilfreich.

### C) Rahmenbedingungen / Vereinbarkeit

Vielfach werden in den Berichten und Studien die Rahmenbedingungen und die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie angesprochen.

Ein vielfältiges Feld, das eines Diskurses auf unterschiedlichen Ebenen bedarf. Einerseits ist hier der Gesetzgeber gefordert, ebenso wie andererseits die Arbeitgeber. Allerdings ist nicht eindeutig, welches denn die Eckwerte sind, die durch geeignete Rahmenbedingungen eine Förderung des Ehrenamtes zum Ziel haben. Möglicherweise ändern sich die Modalitäten auch im Verlauf des Lebens.

Ganz sicher aber wird man differenziert die Bedingungen betrachten müssen, die die Mitwirkung im Bevölkerungsschutz im ländlichen oder städtischen Raum beeinflussen oder erst ermöglichen.



Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang auch ratsam, sich die Entwicklungen im Osten und im Westen der Bundesrepublik im direkten Vergleich anzusehen und entsprechende Handlungsoptionen zu entwickeln.

Neues Ehrenamt und Selbsthilfefähigkeit, die verstärkte und gezielte Ansprache von besonderen (einzelnen) Zielgruppen sowie die Prüfung und Verbesserung der Rahmenbedingungen, die einhergehen sollte mit einer größeren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt sind zentrale Eckpunkte des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagement. Der demografische Wandel wird einerseits mögliche, bestehende Probleme verschärfen, andererseits bietet er auch die Chance durch eine zielgerichtet Analyse und wissenschaftlich untermauerte Erkenntnisse neue Wege aufzutun und ausgetretene Pfade zu verlassen. Für die Zukunft wird es notwendig sein, Analysen in zwei Richtungen voranzutreiben. Einerseits im Sinne eines übergreifenden, übergeordneten Lösungsansatzes; andererseits durch die detaillierte Betrachtung einzelner Problemfelder, die erst eine passgenaue Intervention ermöglichen können.

## Anlage 1: Übersicht untersuchte Studien / Berichte

	Publiziert:	Autor / Hrsg.	Wesentliche Inhalte
Bericht Enquete Kommission „Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“	2002	Bundesregierung	Betrachtung des bürgerschaftlichen Engagements; Strukturwandel der Motive für ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement; „neues Ehrenamt“, Selbsthilfe als Element des selbstorganisierten Tätigwerdens; Frauen, Senioren und Migranten als Zielgruppe; Anerkennungskultur und Rahmenbedingungen für Ehrenamt; Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf
Engagementstrategie	2010	Bundesregierung	Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten, Rahmenbedingungen, Zielgruppen: Frauen, Migranten und Senioren, Veränderungen im Bedarf an Infrastrukturen; „offizielle“ Freiwilligendienste; Kooperation zwischen KatS-Organisationen und Arbeitgebern, Arbeitgeberverbänden (Rahmenbedingungen)
Demografiebericht	2011	Bundesregierung	Im Wesentlichen Darstellung der Entwicklung auf der Grundlage der statistischen Angaben; politische Schlussfolgerungen für u.a. Raumplanung und Aktivierung von zusätzlichen Potenzialen
Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“	2012	Bundesregierung	Bundesfreiwilligendienst; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, Förderung von Vereinbarkeit von Beruf und Engagement; ressortübergreifende Aktivitäten; Demografiepfel und Arbeitsgruppen zur Einbeziehung aller Akteure
BMFSFJ Freiwilligensurvey 1999-2004-2009	2009/2010	TNS Sozialforschung München / BMFSFJ	Vergleich der Entwicklungen und Trends des Freiwilligenengagements
Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur	2010	Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer	Lokale Orientierung für Lösungsansätze; verstärkte Nachbarschaftshilfe, Wertewandel zusätzlicher Faktor neben dem demografischen Wandel; Würdigung und Auszeichnungen für das Ehrenamt notwendig; unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen einbeziehen.
Personalpolitische Antworten auf Megatrends	2008	Malte Koch	Moderne Beschäftigungspolitik; Vereinbarkeit von Familie, Beruf (und Ehrenamt); Personalentwicklungsmaßnahmen (auch für das Ehrenamt)
Die demografische Lage der Nation	2011	Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung	Detaillierter Überblick über die Regionen der Bundesrepublik; Rahmenbedingungen für das Ehrenamt müssen verbessert werden; auch im ländlichen Raum mehr Förderung notwendig; Verbände und Träger müssen sich neu orientieren

Bürgerschaftliches Engagement im Europäischen Vergleich	2007	Hrsg. European Volunteer Centre	und auf die neuen Gegebenheiten („neues“ Ehrenamt) einstellen. Vergleich / Auflistung von Studien zum Thema <i>Ehrenamt</i> im Europa
Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Bereich	2006	Barbara Metzmann	Wechsel vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt; Fokus auf Veränderungen im ländlichen Raum an einer Beispielregion; Freizeitverhalten und Wertewandel beeinflussen neben dem demografischen Wandel die Entwicklung; Probleme einer Einsatzorganisation Senioren und Frauen richtig einzubinden; Einbindung von Jugendlichen in Ganztagschulen; „Feuerwehren in die Schulen bringen“.
Masterplan Daseinsvorsorge	2010	BMVBS	Lösungsansätze für Probleme sind individuell (lokal), aber im Einklang und übergreifend mit den höheren Ebenen zu formulieren; Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in konkreten Räumen schwierig, zumindest über einen längeren Zeitraum; Probleme nicht nur auf den demografischen Wandel zu reduzieren, sondern auch Standortprobleme und erhöhte Mobilität der Arbeitnehmer
Integration von Migranten	2012		Abschlussbericht veröffentlicht, geeignete Rahmenbedingungen schaffen, Integration leben
Ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz	2011	Forsa, Universität Witten/Herdecke	Befragung von im ZS/KS Tätigen; Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Informationspolitik der Organisationen / Verbände wichtig; Bedeutung der spontanen Hilfe, kurzfristig; ideelle Anreize förderlich für das Ehrenamt
DRK/EMNID Studie	2011	EMNID / DRK	Bildung, Wohstand und Familienbande fördern das Ehrenamt; konkrete Projekte versus langfristige Bindung; direkte Ansprache und zeitliche Vereinbarkeit wichtige Faktoren.
Sicherstellung des Brandschutzes unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels	2008	Niedersächsisches Ministerium des Innern	Gründe für Mitgliederschwund sind vielschichtig, nicht nur demografischer Wandel; Förderung des Ehrenamtes durch Wertschätzung und Anerkennung von erworbenen Qualifikationen; Bedeutung Aus- und Fortbildung.





Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Torgau-Orschatz e.V., Integration im ehrenamtlichen Rettungswesen, Handbuch und Ergebnisdarstellung Projekt 2011; 2012

Evers, Prof. Dr. Adalbert, Beitrag auf der Webseite der „Aktive Bürgergesellschaft e.V.“  
[http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/nachrichtendienst/politik\\_und\\_staat/engagementstrategie](http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/nachrichtendienst/politik_und_staat/engagementstrategie);  
aufgerufen 23.05.12

European Volunteer Centre, Publisher  
Bibliography on Volunteering Research in Europe, 2007

FDP Im Deutschen Bundestag,  
Presseinformation Nr. 857, 6. Oktober 2010; GOLOMBECK: Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung trifft den Geist der Zeit

Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen / Universität Witten/Herdecke  
Ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz; Befragung forsfa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag der Universität Witten/Herdecke, innerhalb des BMBF geförderten Forschungsprojektes „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen“ (PRI-KATS), Dezember 2011 (Kurzfassung)

Gabler Verlag (Herausgeber),  
Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Ehrenamt, online im Internet:  
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/7164/ehrenamt-v7.html>; aufgerufen 23.05.12

Gabler Verlag (Herausgeber),  
Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort:Freiwillige, online im Internet  
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/7045/freiwillige-v7.html>; aufgerufen 23.05.21

Gutsche, Albrecht, Rümenapp und Meier, Kurzexpertise: Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Organisation der Gefahrenabwehr und Notfallrettung als Mindestleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Hamburg, 30 November 2010

Hasselmann, Britta, MdB, Sprecherin für Kommunalpolitik, 8. Oktober 2010  
<http://britta-hasselmann.de/buergerschaftliches-engagement/engagement/nachricht/stillstand-statt-strategie-engagementstrategie-der-bundesregierung-sammelsurium-von-massnahmen.html>; aufgerufen 23.05.12

Kumpf, Ute, SPD Bundestagsfraktion,  
Presse, Nr. 1343/2010, 06.10.2010, Ute Kumpf, MdB  
<http://www.ute-kumpf.de/aktuelles/article/nationale-engagementstrategie-bleibt-hinter-erwartungen-der-buergergesellschaft-zurueck-dialog-laeuft/9.html>; aufgerufen 23.05.12

Koch, Malte  
Bachelorarbeit: Personalpolitische Antworten auf die Megatrends in unserer Gesellschaft: Ein Handlungsleitfaden für die künftige Gestaltung der Personalarbeit, 15.09.2008

Metzmann, Barbara April 2006: Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum auf das ehrenamtliche Engagement am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr im Landkreis Bad Kreuznach, Hamburg: Diplomica Verlag

Münz, Rainer; Ulrich, Ralf E;  
in Online Handbuch Demografie, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Demografischer Übergang, Oktober 2007  
<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/demografischeruebergang.html>,  
aufgerufen 23.05.12.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport,  
Sicherstellung des Brandschutzes unter besonderer Berücksichtigung des demografischen  
Wandels, Abschlussbericht der im August 2008 eingesetzten Projektgruppe  
Der Spiegel  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,806080,00.html> ; Der Zivi geht, der Bufdi  
kommt. SPIEGEL Online 28.12.2011; aufgerufen 23.05.12

SPD Bundestagsfraktion,  
Presse, Nr. 1343/2010, 06.10.2010, Ute Kumpf, MdB  
<http://www.ute-kumpf.de/aktuelles/article/nationale-engagementstrategie-bleibt-hinter-erwartungen-der-buergergesellschaft-zurueck-dialog-laeuft/9.html>

Statistische Ämter des Bundes und der Länder,  
Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1 Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im  
Bund und in den Ländern, Ausgabe 2011,

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2011

Thurich, Eckhart: pocket politik. Demokratie in Deutschland, Neuausgabe 2006  
zitiert nach: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demographie-demographisch>, aufgerufen 23.05.12

tns emnid Studie / Deutsches Rotes Kreuz  
„Wie viele und welche Menschen sind offen für ein ehrenamtliches Engagement?“ Befragungs-  
zeitraum 12.10.-13.10.2011;

TNS Infratest Sozialforschung, München, im Auftrag des BMFSFJ, Oktober 2010  
BMFSFJ Freiwilligen-survey 1999 – 2004 - 2009